

bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. – Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 10 in der geänderten Fassung angenommen**.

Ich rufe unmittelbar auf:

### **Einzelplan 02 Ministerpräsident**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15702 hin sowie auf die bereits vorliegenden Änderungsanträge von CDU und FDP Drucksachen 17/15687 bis 17/15691.

Wir debattieren in verschiedenen Teilbereichen, nämlich: a) Staatskanzlei, b) Europa und Internationales, c) Sport und d) Medien. Am Ende kommen wir auch zu den Abstimmungen.

Aus dem Einzelplan 02 rufe ich den ersten Teilbereich auf:

#### **a) Staatskanzlei**

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Müller-Witt das Wort.

**Elisabeth Müller-Witt** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau fünf Jahren – präzise gesagt: am 14. Dezember 2016 – wurde durch den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits die Messlatte für das Regierungshandeln in dieser Legislaturperiode gelegt – Zitat –:

„Das heißt, wir brauchen bis zu diesem Zeitpunkt konkret beginnend mit der nächsten Regierungsbildung eine effizientere und sparsamere Landesverwaltung. Die Landesverwaltung muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren.“

So Laschet zu Oppositionszeiten.

Werfen wir einen Blick auf den noch unter der Ägide von Ministerpräsident Laschet eingebrachten Plan des Einzelhaushaltes 02, dem Haushalt für den Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten. Die Ausgaben im Einzelplan 02 sind von 2021 auf 2022 um 69,7 Millionen Euro auf 433 Millionen Euro gestiegen – ein Zuwachs um schlappe 19,2 %. So viel zur effizienteren und sparsameren Landesverwaltung.

Und wie sieht es im engeren Haushalt des Ministerpräsidenten aus? Hat man sich auf die Kernaufgaben konzentriert? – Von 2017 bis 2022 ist dieser Haushalt von 66 Millionen Euro auf 99 Millionen Euro – also um 50 % – gestiegen.

(Lachen von der SPD)

Während von 2012 bis 2016 das Personal in der Staatskanzlei nahezu unverändert blieb, sind zwischen 2017 und 2022 über 80 zusätzliche Stellen hinzugekommen. Das ist das Verständnis des Ministerpräsidenten von Sparsamkeit.

(Beifall von der SPD)

Ebenso schwer nachvollziehbar ist, warum auch im dritten Jahr nach dem Umzug vom Stadttor in das jetzige Gebäude am Rheinufer die Staatskanzlei noch weiter den Repräsentationsbedürfnissen entsprechend umgebaut werden muss. 11 Millionen Euro wurden bereits ausgegeben, und weitere 6 Millionen Euro sind geplant. Zeitgleich zu den Baumaßnahmen an der Staatskanzlei befinden sich repräsentative Räumlichkeiten für die Nutzung durch den Ministerpräsidenten im benachbarten Behrensbau in Planung.

Zitat: „Wir brauchen [...] konkret beginnend mit der nächsten Regierungsbildung eine effizientere und sparsamere Landesverwaltung.“ – Ja, diese Aussage trifft voll und ganz zu.

Begrüßen wollen wir dagegen die Ansatzserhöhung für die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten; sie ist bedauerlicherweise mehr als notwendig. Allerdings müssen wir uns angesichts des zunehmenden Antisemitismus fragen, ob diese wichtige Arbeit auf Dauer ehrenamtlich geleistet werden kann.

Zwar wird mit der Schaffung der Meldestelle eine gute Ergänzung angeboten, aber der Bericht der Antisemitismusbeauftragten zeigt, dass der Arbeitsaufwand weit über das hinausgeht, was eine ehrenamtliche Stelle – ergänzt um einige Mitarbeiter – leisten kann. Das hat auch der Änderungsantrag von CDU und FDP nicht verändert. Wir sind hier offen für Veränderungen.

An dieser Stelle eine kurze Bemerkung zu den Beratungsstellen gegen Rechts: Nicht nur der weiterhin zunehmende Rechtsextremismus, sondern auch das Erfordernis, Inflation und Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten der Beratungsstellen gegen Rechts auszugleichen, machen es nötig, dass die Dynamisierung der Finanzierung angegangen wird.

Sorgen macht uns der Umfang der vertraglich gesicherten Unterstützung der jüdischen Kultusgemeinden. Hier muss sichergestellt werden, dass ausreichend personelle Ressourcen, die für die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen eingesetzt werden, auch angemessen bezahlt werden können und dass die

sicherheitstechnische Ertüchtigung der Gebäude gewährleistet wird.

(Beifall von der SPD)

Insgesamt stelle ich fest, dass wir insbesondere aufgrund des fortgesetzten Stellenaufwuchses dem Einzelplan 02 nicht zustimmen können. Zitat von Armin Laschet aus dem Jahr 2016 zu Stellen: Die schaffen Sie, um Ihre Ideologie durchzusetzen. Nicht mit uns. – Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Abschließend noch eine Bemerkung: Nicht akzeptabel ist der Umgang der Regierungsfractionen mit den Haushaltsberatungen im Hauptausschuss – weder eine Ankündigung von Änderungsanträgen noch irgendein Wortbeitrag zum Haushalt über die Versicherung hinaus, dass dem Haushaltsplan selbstverständlich zugestimmt wird. Stattdessen liegen die Änderungsanträge der Regierungsfractionen am Vorabend im Fach bzw. stehen im Netz. Der Umgang miteinander hat noch deutlich Luft nach oben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Witt. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hagemeier das Wort.

**Daniel Hagemeier (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Teilbereich „Staatskanzlei“ aus dem Einzelplan 02 des Haushaltsentwurfs 2022, der mit Einnahmen in Höhe von 763.700 Euro und Ausgaben von 433.040.200 Euro abschließt.

Das Volumen des Einzelplans insgesamt erhöht sich gegenüber dem Vorjahresansatz um 69,7 Millionen Euro. Allerdings basiert die Ansatzsteigerung im Wesentlichen auf der einmaligen Erhöhung des Sportetats um 51,5 Millionen Euro sowie der zusätzlichen Etatisierung von Mitteln für die Umsetzung der Engagementstrategie des Landes mit 16 Millionen Euro zusätzlich.

Im Ergebnishaushalt des Ministerpräsidenten werden sämtliche Personalausgaben der Staatskanzlei veranschlagt. Selbstverständlich geht es gerade in der parlamentarischen Debatte auch immer um die Personalausgaben innerhalb der Staatskanzlei.

Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 02 verändert sich wie immer mit den entsprechenden Schwerpunktsetzungen eines Ministerpräsidenten. An dieser Stelle verweise ich gerade auf die Bereiche Sport, Ehrenamt, Europa, Medien sowie Internationale Angelegenheiten.

Die im Haushaltsentwurf 2022 dargestellten Veränderungen vollziehen die Umsetzung von Planstellen und

Stellen innerhalb des Einzelplans 02 bzw. zwischen den Einzelplänen nach, die sich bereits während des Haushaltsvollzugs des Jahres 2020 bis Juli 2021 ergeben haben. Die Staatskanzlei einschließlich der Landesvertretung beim Bund und der Europäischen Union sowie des Büros in Israel verfügt im Jahre 2022 über 538 Planstellen und Stellen.

Durch die Erhöhung der Haushaltsmittel für das bürgerschaftliche Engagement sollen die Rahmenbedingungen für die Engagementstrategie verbessert und zeitgemäß gestaltet werden. Damit erhofft sich die Landesregierung, weitere in der Gesellschaft vorhandene Potenziale zu erschließen.

Verstärkt sollen die Unterstützung neuer digitaler Formen des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Weiterentwicklung von Digitalisierungsprozessen innerhalb der Zivilgesellschaft in den Blick genommen werden. Auch Forschung und Qualifizierung im Ehrenamt werden zu Arbeitsschwerpunkten ausgebaut.

Mit der Engagementstrategie will die Landesregierung insgesamt bürgerschaftliches Engagement stärken, neue Engagierte gewinnen und gemeinsam eine solidarische und vielfältige Gesellschaft gestalten, an der ein jeder und eine jede teilhaben kann. Ihr zugrunde liegt ein breiter Dialog- und Beteiligungsprozess im Land.

Mit dem Haushaltsentwurf 2022 werden auch drei neue Planstellen zur Wahrnehmung folgender Aufgaben angemeldet: für Koordinierung von Energiewirtschaft und Strukturwandel, für Digitalisierung der Arbeitsprozesse sowie für das Ressortkoordinierungsreferat Schule und Bildung.

Zum Personalhaushalt allgemein: Wir hatten im Jahr 2017 eine erfolgreiche Regierungsumbildung, die selbstverständlich zu einigen Personalwechseln im engen Bereich der Führungsebene geführt hat. Die übrigen Planstellen und Stellen wurden und werden gebraucht, weil es zum Teil massive Aufgabenzuwächse in den verschiedenen Bereichen gab und gibt.

Für die CDU-Fraktion ist der Personalhaushalt ausgewogen, wird den Aufgabenzuwächsen insgesamt gerecht und setzt somit die richtigen Schwerpunkte für das kommende Jahr 2022.

Weil es mir ein persönliches Anliegen ist, möchte ich besonders die Antisemitismusbeauftragte des Landes erwähnen. Der Landtag hat am 14. Juni 2018 einstimmig die Landesregierung beauftragt, dieses Amt einzurichten. Die ehrenamtlich tätige Beauftragte soll präventive Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung koordinieren und Ansprechpartnerin für Opfer solcher Taten sein.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat zudem erfreulicherweise zum 1. Oktober 2021 für ein Jahr den Ko-Vorsitz der gemeinsamen Bund-Länder-

Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens übernommen. In diesem Zeitraum wird sie sich schwerpunktmäßig dem Thema „Antisemitismus und Justiz“ widmen, bei dem es um die Verfolgung antisemitischer Straftaten geht. Es sind Veranstaltungen angedacht, bei denen die Ministerien des Innern und der Justiz sowie Einrichtungen ihrer Geschäftsbereiche, insbesondere das Landeskriminalamt, aber auch die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime usw. sich mit weiteren Akteuren austauschen und Handlungs- und Verbesserungsbedarfe definieren. Die Veranstaltungen werden in NRW, Berlin und Brüssel stattfinden. Im Haushalt sind 50.000 Euro für den finanziellen Mehraufwand vorgesehen.

Um dem Diskriminierungsphänomen Antisemitismus wirksam zu begegnen, müssen neue Erscheinungsformen in unserer Gesellschaft im Blick behalten werden. Erst daraus können geeignete Präventionsmaßnahmen entwickelt werden.

Die NRW-Koalition von CDU und FDP fordert eine Erhöhung des Baransatzes von 500.000 auf 600.000 Euro. Damit soll eine weitere Studie in Auftrag gegeben werden, die die Erscheinungs- und Verbreitungsformen des Antisemitismus in den sozialen Medien untersucht.

Darüber hinaus soll ein digitales Portal Angebote wie Workshops und Fachtagungen sowie Beratungsstellen in NRW gebündelt präsentieren.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Daniel Hagemeier (CDU):** Nun zu einem weiteren Thema. An dem Sitz der Staatskanzlei sind seit dem Jahr 2000 keine wesentlichen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen mehr erfolgt, sodass erhebliche Abnutzungserscheinungen behoben werden müssen. Mit der Nutzung des Landshauses als Sitz ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Daniel Hagemeier (CDU):** ... des Ministerpräsidenten seit 2017 – ich komme zum Ende – wurden darüber hinaus Maßnahmen zur Schaffung amtsangemessener, repräsentativer Räumlichkeiten insgesamt erforderlich und auch umgesetzt.

Für die CDU-Landtagsfraktion sind nach der Beratung des Einzelplans 02 im zuständigen Hauptausschuss keine Fragen offengeblieben. Wir werden diesem Einzelplan sowie dem Gesamthaushalt zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und Angela Freimuth [FDP])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Hagemeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer<sup>\*)</sup> (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hagemeier, ich möchte nicht, dass der falsche Eindruck entsteht, wir würden die Mittel zum Beispiel für den Sport kritisieren. Darum ging es gerade in der Rede der Kollegin Müller-Witt gar nicht, und darum wird es auch in meiner Rede nicht gehen.

Denn wenn man sich die Zahlen für den Etat des Ministerpräsidenten ansieht – wir reden jetzt nicht über den Sportetat, sondern über den originären Etat des Ministerpräsidenten –, dann muss man einfach feststellen, dass wir im Haushaltsplan für das Jahr 2018 noch ungefähr 70 Millionen Euro stehen hatten, und jetzt sind wir bei über 98 Millionen Euro. Das ist ein Zuwachs um ca. 28 Millionen Euro. Da können Sie doch nicht sagen: Wir fördern das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, und das erklärt mal eben einen solchen Aufwuchs. – Das finde ich schon ein bisschen schräg, wenn man sich vor Augen hält, wie klein dieser Etat auch im Vergleich zu anderen Bereichen, zu anderen Ministerien ist, und welche Aufwüchse wir hier zu verzeichnen haben.

Dasselbe gilt für die Stellen. Frau Müller-Witt hat schon darauf hingewiesen, dass es das Versprechen von Armin Laschet war, dass es am Ende der Legislatur nicht mehr Beamtinnen und Beamte und Angestellte in der Verwaltung geben sollte als zum damaligen Zeitpunkt 2017. Er hat dieses Versprechen für seinen eigenen Bereich, für den er originär zuständig ist, massiv gebrochen und einen Stellenzuwachs von 90 Stellen hingelegt. Auch da fehlt mir wirklich jede Erklärung, wofür man diese vielen Stellen braucht.

Ich möchte aber auch eine Sache positiv hervorheben. Vielleicht ist es nur ein kleiner Punkt, aber es ist schön, dass es jetzt Elektrofahrzeuge für Boten- und Kurierfahrten in Düsseldorf und Berlin geben soll. Das findet natürlich unsere Unterstützung. Es wäre aber schön, wenn es mehr als nur 2 von 36 Fahrzeugen wären. Das kann ja im nächsten Jahr eine neue Landesregierung in Angriff nehmen.

Im Etat des Ministerpräsidenten ist auch die Antisemitismusbeauftragte des Landes verankert. Ich bin sehr froh, dass wir hier gemeinsam fraktionsübergreifend diese wichtige Stelle beschlossen haben. Die Ereignisse der vergangenen Jahre, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, aber auch viele antisemitische Vorfälle, die es hier leider in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, zeigen aus meiner Sicht, dass die Arbeit gegen Antisemitismus weiterhin enorm wichtig bleibt.

Wir erleben gerade in dieser Coronapandemie die Verbreitung von Verschwörungsmäthen, die fast immer auch von antisemitischen Erzählungen geprägt

sind. Das zeigt uns, auch wenn diese Pandemie hoffentlich irgendwann einmal vorbei ist, dass wir mit dieser Herausforderung, was das Thema „Verschwörungsmychen“ angeht, auch noch nach der Pandemie zu tun haben werden und das zu einem Schwerpunkt der Arbeit machen müssen.

Ich finde es schade, dass die Regierungsfaktionen nicht auf uns zugekommen sind, was den Änderungsantrag zu der Antisemitismusbeauftragten angeht. Den hätten wir gerne mit Ihnen gemeinsam gestellt. Das darf ich sicherlich auch im Namen der SPD-Fraktion und natürlich meiner eigenen Fraktion sagen. Ich würde mir wünschen, dass wir solche Sachen, wo wir ein gemeinsames Anliegen haben, tatsächlich gemeinsam machen. Das fände ich als Signal wichtig und schön.

Eines möchte ich noch deutlich sagen: Auch wenn wir den Einzelplan 02 gleich ablehnen werden, und mit etwas anderem werden Sie wahrscheinlich auch nicht gerechnet haben, ist für mich und meine Fraktion ganz klar, dass die Arbeit gegen Antisemitismus sehr wichtig ist, dass der Schutz von jüdischen Einrichtungen wichtig ist und dass Sie hierfür unsere volle Unterstützung haben.

Wir beraten mit diesem Etat nicht den Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung. Wir haben es im Ausschuss diskutiert. Vielleicht nur ganz kurz: Der Bedarf der Arbeit gegen Rechtsextremismus, der Beratungsstrukturen, aber auch der kommunalen Strukturen, also „NRWeltoffen“ – das sind wichtige Strukturen –, ist sehr hoch, er ist auch noch mal immens gestiegen. Ich finde, das muss sich im Haushalt abbilden, tut es aber derzeit nicht. Da sind aus meiner Sicht noch Änderungen notwendig.

Nun noch ein Blick auf den Islamismus, weil auch das weiterhin eine große Herausforderung bleiben wird. Die „Wegweiser“-Beratungsstellen werden ja nicht aus dem Etat der Landeszentrale finanziert, sondern aus dem Etat des Verfassungsschutzes. Ich finde, das ist dort nicht ganz richtig angesiedelt. Es würde eigentlich besser in die Landeszentrale passen. Aber das diskutieren wir jetzt nicht an diesem Punkt, weil es nicht zum Einzelplan 02 gehört.

Zum Schluss möchte ich mich, auch wenn beide gerade nicht hier sind – vielleicht können Sie, Herr Wüst, es weitergeben –, bei Herrn Liminski und Herrn Kaiser für die Debatten im Ausschuss und die Informationen, die wir bekommen, wenn wir sie anfordern und brauchen, bedanken. Herzlichen Dank dafür!

Außerdem will ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen für die, wie ich finde, wirklich sehr gute Arbeits- und Diskussionsatmosphäre im Ausschuss bedanken. Ich bin ja noch recht neu in dem Ausschuss. Es macht viel Spaß. Vielen Dank, dass wir gemeinsam an den Themen

arbeiten können – für Demokratie, für die vielen wichtigen Themen, die der Hauptausschuss beinhaltet.

(Beifall von den GRÜNEN, Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD] und Elisabeth Müller-Witt [SPD])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth<sup>\*)</sup>** (FDP): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Dank der Kollegin Schäffer sowohl an die beiden Staatssekretäre als auch an den sich noch frisch im Amt befindlichen Ministerpräsidenten für die Unterstützung und das kollegiale Miteinander kann ich mich nur anschließen.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle die Hoffnung geäußert, dass wir das Thema „Pandemie“ 2021 beenden und uns vorrangig wieder mit den anderen wichtigen Herausforderungen unserer Gesellschaft – unter anderem der Transformationsgestaltung – befassen könnten.

Wie wir heute wissen, war das etwas zu optimistisch. Auch wenn die Pandemie die Agenda bestimmt, ist in den letzten Monaten trotzdem einiges Wichtiges passiert.

Wir haben zugelassene Impfstoffe, Medikamente im Zulassungsverfahren und natürlich die Zuversicht, dass wir diese Krise mit Innovationen, Digitalisierung und dem großen Engagement der Menschen in unserem Land trotz wirtschaftlicher und sozialer Erschwernisse meistern werden.

Ich spanne den Bogen zum Einzelplan 02. Durch das große bürgerschaftliche Engagement, das wir in unserem Land während der Pandemie, aber auch bei den Herausforderungen des Starkregenereignisses, der Hochwasserkatastrophen im Sommer gesehen haben, ist noch einmal mehr als deutlich geworden, wie wichtig ehrenamtliches Engagement in unserem Land ist

(Beifall von der FDP)

und wie sehr wir gut daran tun, dieses ehrenamtliche Engagement zu stärken – zum Beispiel mit zusätzlichen 16 Millionen Euro zur Umsetzung der Ehrenamtsstrategie und zur Förderung dieses bürgerschaftlichen Engagements.

All das, was Männer und Frauen gleich jeden Alters ehrenamtlich für unsere Gesellschaft leisten, ist sozusagen der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Deswegen müssen wir für diese 6 Millionen Menschen, die sich in unserem Land ehrenamtlich engagieren, diese Wertschätzung und diesen Dank

auch mit dem Haushalt zum Ausdruck bringen; denn diese Menschen bringen sich in Vereinen, in ihrer Nachbarschaft, in ihrer Gemeinde, bei der Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk, beim Roten Kreuz und anderen Hilfsorganisationen ein und machen Nordrhein-Westfalen jeden Tag ein Stückchen besser. Dafür wollen wir Respekt und Dank zeigen und eben auch mehr Beratungsmöglichkeiten – zum Beispiel digitale – unterstützen.

(Beifall von der FDP und Romina Plonsker [CDU])

Trotz des großen bürgerschaftlichen Engagements müssen wir – darauf ist eben schon hingewiesen worden – natürlich auch feststellen, dass unsere Gesellschaft vor einer großen Herausforderung steht. Auch müssen wir einer zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirken.

In den Monaten der Pandemie haben Verschwörungsmethoden mehr und sich radikalisierende Anhänger gefunden. Erschreckenderweise finden sich im gleichen Sumpf auch Rassismus und Antisemitismus – darauf wurde schon hingewiesen – wieder.

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und ihr Team leisten eine ganz hervorragende Arbeit. Ich bin froh, dass wir das gemeinsam anerkennen und wertschätzen. Es ist eine wichtige Arbeit für die politisch-historische Bildung, für die Information und die Betreuung von Opfern. Das kann man gar nicht genug wertschätzen. Daher an dieser Stelle noch einmal ein ausgesprochen herzlicher Dank seitens der FDP-Fraktion.

Irgendwann habe ich einmal gesagt, ich sei eigentlich traurig, dass wir eine solche Antisemitismusbeauftragte überhaupt benötigten. Es zeigt sich aber jeden Tag, dass diese Arbeit wichtig und notwendig ist und dass wir alle aufgefordert sind, diese Arbeit und die Beratungsstellen auf hohem Niveau zu unterstützen.

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Extremismus anderer Art und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gehören eben nicht in eine freiheitliche Gesellschaft. Sie zu bekämpfen ist unser aller Aufgabe. Ebenso ist es unser aller Aufgabe, deren Opfer zu schützen.

(Beifall von der FDP)

Gestatten Sie mir an der Stelle folgende Bemerkung, auch wenn es nicht zum Einzelplan 02 gehört, sondern im Bereich der politischen Bildung – Einzelplan 06 – angesiedelt ist; da ist es aber leider einfach nicht vorgesehen.

Ich möchte auf einen Antrag hinweisen, der uns sozusagen mehr als verwundert und geärgert hat. Wenn antisemitische Straftaten und Antisemitismus und Rassismus unterhalb der Strafbarkeitsschwelle

zunehmen, wenn wir Opfer von Extremismus, in besonderer Weise von Rechtsextremismus, haben, wenn uns der Verfassungsschutz jedes Mal erneut darauf hinweist, dass derzeit von Rechtsextremisten eine größere Gefahr für unsere demokratische freiheitliche Ordnung ausgeht, dann ist es sehr entlarvend, wenn eine Fraktion in diesem Haus die Mittel genau für Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus komplett streichen und damit Opferberatung und Ausstiegsprogramme komplett auf null setzen will. Da kann man nur sagen: Ein Tor, wer hier an Zufall glaubt.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Angela Freimuth<sup>\*)</sup>** (FDP): Leider ist die Redezeit um. Es gäbe viel zum Einzelplan 02, zur Demokratieförderung, zum Wahl-O-Mat im nächsten Jahr und zur Demokratietour zu sagen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Der Finanzplan Einzelplan 02 enthält viele richtige Schwerpunktsetzungen. Deswegen werden wir ihm zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Keith.

**Andreas Keith<sup>\*)</sup>** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt muss ich es Ihnen noch mal erklären, liebe Frau Freimuth. Ich habe es Ihnen schon im Ausschuss erklärt.

Diese Taktik wenden Sie immer wieder an: Sie behaupten etwas, werfen irgendetwas in den Raum, lassen dann aber die eigentlichen Dinge weg.

Ja, wir haben in der Tat gefordert, die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung zu streichen. Das ist richtig. Sie wissen aber auch ganz genau, dass es in diesem Bereich noch weitere Mittel gibt, die dazu verwendet werden können, genau die Projekte zu fördern, die Sie eben angesprochen haben. Wenn Sie dieses Geld nehmen würden, um sinnvolle Projekte zu fördern, die in diesem Bereich wirklich Ergebnisse bringen, dann wären wir dabei. Das wäre überhaupt kein Problem.

Wie oft hat Herr Wagner an diesem Mikrophon erklärt, dass Sie uns bei der Bekämpfung des Extremismus – egal, aus welcher Richtung – immer an Ihrer Seite haben. Das ist überhaupt gar kein Problem.

(Lachen von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bleiben Sie doch einfach mal bei der Wahrheit und erzählen Sie nicht irgendwelchen Kram, den Sie dann wie wild irgendwo in der Öffentlichkeit zu verbreiten versuchen.

(Angela Freimuth [FDP]: Sie machen gegen Rechtsextremismus null!)

Es ist ein Jahr her, da stellte Ministerpräsident a. D. Laschet hier an dieser Stelle den Haushalt der Staatskanzlei für das laufende Jahr 2021 vor. Dabei sagte er – Zitat –:

„Der Entwurf des Einzelplans 02 ist von der Grundannahme geprägt, dass wir im nächsten Jahr die Pandemie möglichst überwunden haben.“

Und was haben die Kollegen der CDU und der FDP dafür Herrn Laschet abgefeiert und beklatscht! Wahnsinn!

Leider war diese Grundannahme von Armin Laschet – wie so oft – wieder einmal falsch. Heute, unzählige Fehlannahmen, Fehleinschätzungen und Fehlritte weiter, stellen wir nämlich fest: Das Pandemiemanagement der Landesregierung war, ist und bleibt katastrophal, wissenschaftsfeindlich und geprägt von der Unterdrückung anderer Meinungen und Kritik.

Als Sündenbock für Ihre sensationell gescheiterte Impfkampagne und verfehlte Coronapolitik sperren Sie jetzt Ungeimpfte vom gesellschaftlichen Leben aus. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis Sie erneut den Lockdown für alle verhängen.

Es ist gut, dass die Bürger Ihnen allen für Ihre unverantwortliche Politik gleich im Frühjahr bei der Landtagswahl die Quittung servieren können.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Schwarz-Gelb gibt ja bereits heute ein völlig zerstrittenes und uneinheitliches Bild ab.

(Lachen bei Josef Hovenjürgen [CDU])

Während die CDU in Berlin die epidemische Lage am liebsten für immer weiter verlängert hätte,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja genau!)

führt jetzt die untreue FDP mit ihren neuen linksgrünen Freunden die Notstandsmaßnahmen eiskalt ohne epidemische Lage fort.

(Zuruf von der SPD: Thema verfehlt, würde ich sagen!)

Sie haben viele Zwangsmaßnahmen sogar noch verschlimmert. Herzlichen Glückwunsch! Das muss man erst einmal schaffen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wen scheren schon Grundgesetz, wahre liberale Werte, geschweige denn Konservatismus? – Haupt-

sache, man lässt sich gut rüberbringen und dementsprechend feiern.

Seit Regierungsbildung haben Sie zehn Stellen im Bereich Presse und Information geschaffen. Dies erklärt dann auch die vielen Hochglanzbildbänder von Armin Laschet und die schier endlose Anzahl an Pressekonferenzen, die sich in der Regel immer nur um eines drehen: Laschet, den – dann doch nicht – Kanzler.

Tönten Sie bei der Regierungsbildung noch, Rot-Grün habe die Ministerialbürokratie aufgebläht, und dies würde mit Schwarz-Gelb gar nicht und niemals wieder passieren, so sehen wir längst, dass Ihr maßloses, verschwenderisches Aufblähen der Staatskanzlei den Steuerzahler Millionen kostet. Seit Regierungsbildung haben Sie nämlich 87 neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen.

Wie man es schafft, mit so vielen Mitarbeitern so schlecht zu regieren, bleibt Ihr Geheimnis.

(Lachen und Kopfschütteln von Ministerpräsident Hendrik Wüst)

Wenigstens eine gute Nachricht gibt es: Die Regierung fährt nämlich keine Elektroautos. – Diese wollen Sie zwar den Bürgern mit völlig faktenfreien Argumenten und Millionen von Subventionen aufzwingen, im Fuhrpark des Ministerpräsidenten jedoch gibt es fast ausschließlich Dieselfahrzeuge. Gut so!

In den letzten Jahren haben wir Ihnen immer und immer wieder die unerreichten Vorzüge der Dieseltechnologie dargelegt. Schön, dass Sie wenigstens hier zugehört haben.

(Lachen bei Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn die eigenen Mitarbeiter im Servicecenter der Landesregierung nicht mehr weiterkommen, dann wendet man sich an die Majorel GmbH in Berlin. Wer das ist? – Eine Tochtergesellschaft des Bertelsmann-Konzerns, der mit der RTL-Gruppe, einer Vielzahl von Zeitungsverlagen und anderen Medienbetrieben einen Projahresumsatz von über 17 Milliarden Euro erwirtschaftet und natürlich eng mit der Bertelsmann Stiftung verbandelt ist, auf deren verschiedenen Studien man sich gerne mal beruft. Solche Freunde bindet man gerne an sich. Die Bertelsmänner regieren eben immer überall mit, auch bei Ihnen.

Unterm Strich gilt festzuhalten: Vom teuren Umzug der Staatskanzlei

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Teurer Umzug?)

über das Aufblähen der Ministerialbürokratie bis hin zum desaströsen Krisenmanagement bei der Flutkatastrophe, um nur einige wenige Beispiele Ihres Versagens aufzuzählen, bleibt sich die Landesregierung auch im letzten Haushaltsjahr ihrer hemmungs- und maßlosen Politik treu. Anstatt sparsam zu haushalten, verschwenden Sie das hart erarbeitete Geld des

Steuerzahlers und verlieren komplett das Augenmaß für sachgerechte Mittelverwendung.

Bestes Beispiel ist die hier schon mehrfach angesprochene Landeszentrale für politische Bildung.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Andreas Keith**<sup>1)</sup> (AfD): Statt die Landeszentrale zur Bekämpfung aller Extremismusphänomene anzuhalten, schleusen Sie die allermeisten Mittel in sinnfreie Projekte, die nur die eigene Klientel bedienen und weitere Versorgungsposten schaffen.

Den Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses lehnen wir mit voller Überzeugung ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Danke dafür!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Keith. – Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident.

**Hendrik Wüst**, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schäffer, erst mal vielen herzlichen Dank für das Lob des Chefs der Staatskanzlei Nathanael Liminski und des Staatssekretärs Klaus Kaiser. Ich will es gerne überbringen. Danke dafür.

Seit Beginn der Legislaturperiode arbeitet die Nordrhein-Westfalen-Koalition daran, unser Land jeden Tag ein Stück voranzubringen. Wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wir vertreten selbstbewusst unsere Interessen in Berlin und Brüssel, und wir erfüllen die europäische Idee immer wieder mit neuem Leben.

All dies spiegelt sich in der politischen Schwerpunktsetzung im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten wider. Entsprechend haben wir in den vergangenen Jahren die Unterstützung für Ehrenamt, Sport und Medien ebenso wie die Aktivitäten und Aufwendungen im Bereich Europapolitik und internationaler Beziehungen kontinuierlich gesteigert.

(Beifall von der CDU und Angela Freimuth [FDP])

Diesen Kurs werden wir auch im kommenden Jahr konsequent fortsetzen, zum Beispiel durch die Umsetzung der Ehrenamtsstrategie, die intensivere Förderung des Leistungssports und das hohe Förderniveau der Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen. Auf unsere Initiativen in Berlin und Brüssel sowie in Europa und der Welt wird Minister Stefan Holtz-Pförtner gleich noch im Detail eingehen.

Neben diesen politischen Schwerpunktsetzungen, die sich wie ein roter Faden durch die gesamte Legis-

laturperiode ziehen, haben sich natürlich im Laufe der Zeit weitere Erfordernisse ergeben. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hohe Haus, haben die Landesregierung beauftragt, eine Antisemitismusbeauftragte zu berufen und so auszustatten, dass sie arbeitsfähig ist. Wir haben unsere Beziehungen zu Israel durch die Eröffnung eines Büros in Tel Aviv auf eine neue Ebene gehoben.

Es gibt die Ruhr-Konferenz zur Stärkung des Ruhrgebiets, aber insbesondere der beschlossene Kohleausstieg macht eine Beschleunigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier erforderlich, den die Staatskanzlei natürlich koordinierend begleiten muss.

Die Übernahme der Aufgabe des deutsch-französischen Kulturbevollmächtigten und der Vorsitz der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind mit zusätzlichem Arbeitsaufwand im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten verbunden.

Zudem stellen eine sich verändernde Medienlandschaft und zunehmende Informationsbedürfnisse der Menschen neue quantitative wie qualitative Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Es gilt, das gesamte Spektrum möglicher Kommunikationswege über alle sozialen Medien hinweg zu bedienen.

Tja, und dann ist da auch noch Corona mit einem enorm erhöhten Kommunikations- und Koordinationsaufwand, den ich hier wohl nicht näher erläutern muss.

Die politischen Schwerpunktsetzungen spiegeln sich ebenso wie die Erfordernisse an die Arbeit im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten im Einzelplan 02 wider und haben entsprechende Aufwüchse und zusätzliche Stellen notwendig gemacht. Die Sachansätze im operativen Kernhaushalt, insbesondere die Bereiche Repräsentation, Veranstaltung, wissenschaftliche Beratung, sind hingegen nahezu unverändert geblieben. Der Kernhaushalt des Ministerpräsidenten erhöht sich nicht. Wenn man auf das Zentralkapitel schaut, stellt man fest, dass es fast ausschließlich wegen der Erhöhung in Sachen Ehrenamt um 7 Millionen Euro steigt. Dort, wo Bedarfe nur temporär erhöht sind, etwa in der Öffentlichkeitsarbeit zu Pandemiezeiten, werden die Mittel wieder auf das vorherige Niveau zurückgeführt werden.

Im Einzelplan 02 zeigt sich somit unsere Haltung: Wir investieren in den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir setzen uns in Berlin und Brüssel für die Interessen des Landes und der Menschen in Nordrhein-Westfalen ein. Wir modernisieren die öffentliche Verwaltung. Wir konsolidieren, wo immer es möglich ist. Das macht unser Land stark und ist ein gutes Fundament für die Zukunft. Deswegen bitte ich herzlich um Zustimmung zu diesem Einzelplan. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zu Teil a) Staatskanzlei im Einzelplan 02.

Ich rufe auf:

### **b) Europa und Internationales**

Die Aussprache zu diesem Teilbereich eröffnet für die SPD-Fraktion Herr Kollege Watermeier.

**Sebastian Watermeier (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Holthoff-Pförtner! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Herausforderungen im Bereich Europa und Internationales sind im vergangenen Jahr nicht gerade kleiner geworden. Im Gegenteil: Der inzwischen vollzogene Brexit mit all seinen Konsequenzen, der uns hier im Hause auch in einer Enquetekommission beschäftigt hat; der Umgang mit einer polnischen Regierung, die die Grundwerte der Europäischen Union infrage stellt; die nicht nur wegen der Pandemie wieder zunehmenden Fliehkräfte innerhalb der Europäischen Union; der sich zuspitzende Konflikt an der belarussisch-polnischen Grenze, der auf schamlose Art auf dem Rücken derjenigen ausgetragen wird, die überhaupt nichts mehr zu verlieren haben – all dies erfordert auch von der nordrhein-westfälischen Landesregierung entschlossenes und kluges Handeln, denn all dies wirkt sich auch auf unser Land aus.

Leider spiegelt sich diese Erkenntnis nicht im vorliegenden Haushaltsentwurf wider. Wir reden nicht über Riesensummen, sondern über die kleinen, aber wichtigen Schritte, die ein Land wie Nordrhein-Westfalen gehen kann, um erstens seine Interessen zu wahren und zweitens Haltung zu zeigen und seinen Beitrag für die europäische Integration, für Dialog, statt Konfrontation zu leisten.

Ich will das an drei Beispielen verdeutlichen: So ist absolut nicht nachvollziehbar, warum im von Ihnen vorgelegten Haushalt ausgerechnet jetzt bei den Zuschüssen für Projekte, einschließlich des Regionalen Weimarer Dreiecks, gekürzt wird. Wir halten es für das völlig falsche Signal hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu den europäischen Partnern und zum Vereinigten Königreich, hier den zugegebenermaßen kleinen, aber doch deutlich spürbaren Rotstift anzusetzen.

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung, Herr Minister: Ich schätze Ihr Engagement für die Grundwerte und die Rechtsstaatlichkeit der Europäischen Union sehr, aber ich meine, dass in diesem Haushaltstitel nicht zum Ausdruck kommt, dass Sie sich da durchaus sehr engagieren.

Politisch nachvollziehbar ist die Kürzung nicht. Sie zeugt vielmehr von einer Unsensibilität gegenüber

den Dialogpartnern und beschädigt das gute Vertrauensverhältnis. Es sollte aber gezeigt werden, dass NRW sich sowohl aktiv um die Stärkung des Weimarer Dreiecks – hier seien insbesondere die Hochschulen erwähnt – als auch um den Erhalt und den Ausbau des Kontakts zum Vereinigten Königreich bemüht. Dieses Engagement sollte sich auch finanziell in den dafür nötigen Ressourcen und Strukturen abbilden und konsolidieren.

Das ist aus den Empfehlungen der Brexit-Enquete lange bekannt, hat sich in der Debatte im Europaausschuss neulich erneut gezeigt und ist jetzt offenbar auch bei den Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen angekommen. Besser wäre es gewesen, wenn die Landesregierung nicht auf diesem Wege zur Erkenntnis gebracht werden müsste.

Aufgrund des knappen Verfahrens werden wir uns zu Ihrem Änderungsantrag, der einen Aufwuchs der Mittel vorsieht, enthalten. Es hätte uns sehr gefreut, wenn Sie den deutlich früher vorgelegt hätten, denn dann hätten wir uns darüber vernünftig unterhalten können.

Die Verschiebung von 150.000 Euro aus dem Titel zur Pflege der Auslandsbeziehungen und dem Büro des Landes in Israel in den Titel für Zuschüsse für Projekte ist aus unserer Sicht ein falsches Signal.

Uns ist es wichtig, dass die Förderung von Einzelprojekten, die wir selbstverständlich unterstützen, nicht zulasten der allgemeinen Förderung und Pflege der Auslandsbeziehungen geht. Beide Pfeiler der internationalen Arbeit von Nordrhein-Westfalen sind wichtig. Sie eignen sich wirklich nicht als Verschiebebahnhöfe.

Dann will ich gern noch auf die Zuschüsse zur GIZ zu sprechen kommen. Auch hier stimmen Anspruch und Haushaltswirklichkeit nicht überein. Gerade vor dem Hintergrund der Pandemie sind Kooperationen im Gesundheitsbereich von außerordentlicher Bedeutung. Zudem haben wir eine relativ junge Partnerschaft mit Nordmazedonien, die es mit guten und ausfinanzierten Projekten zu pflegen gilt. Alleine deshalb sollten die Mittel der GIZ erhöht werden, damit Qualität und Quantität der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden.

Im Bereich „Internationales und Europa“ fehlt es der Landesregierung also an Gestaltungskraft und Ideen. Es werden die falschen Signale gesetzt, oder die notwendigen Impulse erfolgen nicht. Deshalb werden wir diesem Einzelplan nicht zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Watermeier. – Als nächster Redner hat



für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Krauß das Wort.

**Oliver Krauß** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa steht vor einer Wucht der Herausforderungen – unbesiegte Pandemie, die Pflicht zur Klimaneutralität, die Armutsmigration. Bei den Präsidentschaftswahlen geht es im nächsten Jahr um die Präsenz Frankreichs im Kern von Europa. Auf der anderen Seite des Atlantiks verschiebt die US-Administration außenpolitische Priorität.

Im Spiegel der weltweiten Umwelt- und Finanzkrise mit ihrer fragmentierenden Gewalt mobilisiert Nordrhein-Westfalen. Wir zeigen Gestaltungskraft und Ideen, Herr Kollege Watermeier. Im Jahre 2017 waren die Kapitel Europa und Eine Welt mit zusammen 7,6 Millionen Euro ausgestattet. Heute beraten wir über 15 Millionen Euro.

Wegweisend für unsere Gemeinschaft ist die menschliche Interaktion, das Überwinden von Grenzen. Die Europaaktivitäten Nordrhein-Westfalens werden mit zusätzlichem Geld aktiviert. Die nächste Generation von Partnerschaften ist im Bau – mit Nordmazedonien, mit dem Piemont.

Das Frankreich-Polen-NRW-Jahr geht weiter. Es spornt die proeuropäische Überzeugung an. Polen gehört eben nicht der PiS und Frankreich nicht Marine Le Pen.

Das Regionale Weimarer Dreieck ist 20 Jahre und kein bisschen älter geworden. Und, Herr Watermeier, genau das tun wir doch: Wir erhöhen die Zuschüsse. Wir haben einen Antrag gestellt, die Zuschüsse für Europa einschließlich des Regionalen Weimarer Dreiecks zu erhöhen.

Neu sind jetzt die Hochschulen noch mit dabei. Der Jugendgipfel kommt zu uns. Am 30. April 2022 wird die nächste Europawoche starten: „Storys of Europe – zeig mir Dein Europa“. Letzte Woche sind sieben neue Europaschulen ausgezeichnet worden. Wo Friedensordnung und Wohlstand heute nicht mehr als Errungenschaft zu erkennen sind, investiert „Europa – Erleben und lernen“; es gibt den Interrail-Wettbewerb oder das Projekt EU-Jugendbotschafter@school.

Zum Vereinigten Königreich schlägt „Team up!“ eine Brücke für den Jugendaustausch. Das NRW-Stipendienwerk ist auf dem Weg. Es ist unser Antrag, 500.000 Euro zusätzlich bereitzustellen. Von der Insel kommt das Turing-Programm. Die EU kündigt „Alma“ für aktive Jobförderung und Auslandspraxis an.

Europa zeigt doch Kreativität, Geist und Fähigkeit, um sich wieder aufzurichten. – Das sind Worte von Papst Franziskus.

Die gemeinsame Erklärung der Grenzlandkonferenz bestätigt den Mehrwert unseres Netzwerks in der

Pandemie. Die offenen Grenzen zu den Niederlanden vermeiden zusätzliche Belastungen.

Die Erfahrung zeigt aber ebenso, dass Krisenkommunikation noch hakt. Jetzt ist das konkrete Erneuerungsprojekt in der tollen Gemeinschaft mit den Beneluxstaaten gefragt.

In diesem Jahr feiert NRW seinen 75. Geburtstag. Als der Landtag eröffnet wird, betont Ministerpräsident Rudolf Amelunxen – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Die Menschenrechte können weder in Proviantwagen der Armeen importiert noch in professoralen Studierzimmern effektiert werden.“

Vielmehr braucht es „alle willigen Kräfte“.

Aus Warschau, meine Damen und Herren, fährt die polnische Feuerwehr 164 Bautrockner nach Kreuzau für unsere im Juli zerstörten Ortschaften. Das sind solche Kräfte. Solche Kräfte erweckt der Bürgerdialog im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas.

Überall entscheidet die konkrete Lebenswirklichkeit über die Akzeptanz. Das gilt für die konkrete Erfahrung, wie stark unsere Kulissen in der neuen Strukturförderperiode sind. Leitmarkierung unserer Wertegemeinschaft ist, in der Krise zu helfen, Klimaschutz mit Wettbewerb zu verbinden – NextGenerationEU, technologische Souveränität, der Green Deal.

Ministerpräsident Hendrik Wüst steht für die Signatur der Nachhaltigkeit mit seinem Namen. NRW und Ghana setzen im neuen Partnerschaftsabkommen auf die Zukunftspotenziale von Wirtschaft, Bildung und Arbeitsmarkt. In der UN-Stadt Bonn ist die NRW-Akademie für Internationale Politik eröffnet worden. Sie ist Ausdruck aktiver Standortpolitik.

Die Konflikte in der Welt kommen bei uns menschlich an – digital, als Megatrend, an den Ostgrenzen. NRW geht als Tempomacher in die Dekade des Handelns. Das NRW-Büro in Israel ist ein wichtiger Ausdruck internationalen Engagements.

Für die Glaubwürdigkeit der Industrieländer ist die Finanzierung essenziell. Angela Merkel hat es in Glasgow unterstrichen. Dass unser Haushalt die Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland vitalisiert, steht dazu in Bezug.

Die Mittel stehen auch bereit für das Engagement in Südafrika oder in Ägypten oder in Jordanien. Sie flankieren tollen menschlichen Einsatz – das Ghana- und Südafrika-Forum, Kirchen, Verbände, Schulen, Promotoren, Vereine, Stiftungen, NGOs und private Initiativen. Dafür danke ich ganz ausdrücklich – und ebenso für die Leistung in den Euregios.

Ich bitte Sie daher um Unterstützung unseres Haushaltsvorschlags. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Rimmel das Wort.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nach einem Bild gesucht, weil sich im Prinzip, wenn man sich die Haushaltsdebatten zum Thema „Europa und Internationales“ der letzten Jahre anschaut, alles wiederholt. Um Ihnen das in einem Bild zu präsentieren, musste ich gar nicht so lange suchen.

Ich bin bei „Jim Knopf“ fündig geworden. Mein Gefühl ist: Ihr Haushalt hat, so wie er insbesondere im Bereich „Europa und Internationales“ anmutet, viel mit einer Krankheit zu tun. Sie leiden nämlich am sogenannten Scheinriesensyndrom. Sie kündigen groß an, Sie versprechen etwas, Sie wollen intensivieren, und wenn man näher kommt – Scheinriese Tur Tur war das bei „Jim Knopf“ –, sieht man, wie klein der Riese letztendlich ist.

Das wird auch an den Haushaltsbeträgen deutlich: nichts mit Ambition, nichts mit Intensivierung. Da werden die Versprechungen und Ankündigungen – siehe Piemont – eben nicht real. Das kennzeichnet Ihren Haushalt. Die vielen schönen Worte, die der Kollege gerade gefunden hat, können das auch nicht überdecken. Am Ende des Tages fehlt die materielle Ausstattung, um Ihre Ankündigungen, Versprechungen und Intensivierungen wirklich riesenhaft werden zu lassen.

Auch für meine Fraktion ist der Austausch mit Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Polen und Italien – der gesamte europäische Austausch – essenziell. Wenn man Ankündigungen macht, muss man irgendwann aber auch zu Umsetzungen kommen. Dann muss man Neues und Innovatives tatsächlich einpreisen, beispielsweise mit Blick auf die Partnerschaft mit Piemont.

Ansonsten sind es viele Halbheiten. Sie betonen einerseits die schulische Europabildung, aber bei der Weiterbildung tun Sie nichts. Sie wollen einerseits die Konferenz zur Zukunft Europas unterstützen, am Ende bleibt aber die Unterstützung Ihrer eigenen Konferenz, und die Zivilgesellschaft geht weitgehend leer aus.

Was wir erneut anmahnen: Es fehlt ein Konzept, wie die internationalen Beziehungen gerade der NRW-Kommunen betreut, unterstützt und vorangetrieben werden können. Gerade in Zeiten, in denen es um internationalen Klimaschutz und Erfahrungsaustausch in Sachen „Gesundheit“ geht, müssten diese Partnerschaften für nordrhein-westfälische Kommunen doch mehr Unterstützung bedeuten.

Nicht sehr anders sieht es im Bereich „Internationales“ aus. Das Fazit fällt ähnlich aus. Sie sind nicht grundsätzlich auf einem falschen Weg, aber Sie sind ausgesprochen langsam unterwegs und schreiten nicht voran. Ja, es gibt Einzelprojekte zu Demokratiebildung und Menschenrechtsarbeit, aber es fehlt eine projektübergreifende Strategie.

Bei Projekten mit so schwierigen Ländern wie Russland, China oder Türkei haben Sie bisher nicht geliefert. Sie verweisen auf die Coronapandemie. Aber da fehlt Fleisch am Knochen. Bisher ist es jedenfalls nicht erkennbar. Ähnlich mager sieht es beim Promotorenprogramm aus. Hier wäre ein Ausbau der Kapazitäten dringend angeraten.

Unter dem Strich steht nicht viel Falsches im Haushalt. Aber Sie werden den Ansprüchen nicht gerecht. Deshalb können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Dem Änderungsantrag stimmen wir allerdings zu, weil hier ein Zeichen gesetzt wird. Wir haben beschlossen, gemeinsam mit Großbritannien ein Studierendenprogramm auf den Weg zu bringen – in welcher Form auch immer. Das würden wir gerne gemeinsam unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Nadja Bütefähr [SPD])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rimmel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Nückel das Wort.

**Thomas Nückel (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Rimmel sprach gerade vom Scheinriesenphänomen. Wir haben 2017 den Europaetat erst einmal aus dem Lande Liliput befreien müssen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Die Haushaltsdebatte gibt uns die Gelegenheit, zu unterstreichen, dass der Haushalt im Bereich „Europa“ seit Übernahme der Verantwortung durch die NRW-Koalition hier im Lande mehr als verdoppelt wurde.

Den Schwerpunkt in der Europapolitik bilden freilich die direkten Nachbarn. Ich glaube, dass wir da größere Signale als alle Regierungen zuvor gesendet haben. Die Niederländer waren schon ganz froh, dass sie plötzlich wieder angesprochen wurden.

Die tiefe Freundschaft mit den Beneluxstaaten in schlechten wie in guten Zeiten dokumentierte sich nicht nur – das noch als kleine Rückschau – im erfolgreichen Beneluxjahr 2019. Auch in diesen Tagen sehen wir, dass NRW zum wiederholten Male schwer an COVID-19 erkrankte Patienten aus Belgien und den Niederlanden in Kliniken aufgenommen hat. Das

ist – zusammen mit der Cross-Border Task Force Corona – ein Paradebeispiel für gelungene und enge Zusammenarbeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Zusammenarbeit in den Grenzregionen wird durch die in diesem Haushaltsjahr eingeführte Finanzierung der Grenzinformationspunkte in den Grenzräumen gefördert. Die Menschen erhalten so maßgeschneiderte Beratungsangebote zu vielen Themen im Nachbarland.

Zusammen mit den Euregios und mit Belgien und den Niederlanden wollen wir natürlich auch weiterhin grenzüberschreitende Hindernisse, die es zweifellos immer noch gibt, beseitigen.

In diesem Jahr haben wir trotz der Pandemie zwei große Jubiläen begehen dürfen – der Kollege Krauß hat schon darauf hingewiesen –: NRW wurde 75 Jahre alt und hat diesen Geburtstag zum Anlass genommen, 75 Jahre enge Beziehungen zu unserem Taufpaten Großbritannien zu feiern.

Als FDP-Landtagsfraktion freut es uns ausdrücklich, dass Mehrausgaben für Austauschmaßnahmen und einen Jugendaustauschwettbewerb möglich sind. Uns ist klar: Auslandsaufenthalte fördern gegenseitiges Verständnis.

Deshalb ist es der NRW-Koalition so wichtig, ein Stipendienprogramm zu schaffen, das nach dem Brexit den Austausch aufrechterhält. Die einstimmige Zustimmung dazu hier im Hause ist natürlich erfreulich.

Gut ist auch das Projekt „EU-Jugendbotschafter@school“, das in die Pilotphase gestartet ist und Jugendliche anspricht, die bislang weniger von europäischen Bildungsmaßnahmen profitierten.

Auch die Partnerschaft zu Frankreich und Polen sowie den Regionen Hauts-de-France und Schlesien hat in diesem Jahr runden Geburtstag gefeiert. Die regionalen Partnerschaften wurden auf eine neue Basis gestellt. Der Hochschulbereich wird erstmals in die Zusammenarbeit im Regionalen Weimarer Dreieck einbezogen. Das Frankreich-Polen-NRW-Jahr kann auch 2022 fortgesetzt werden – garniert mit einem Jugendgipfel.

Europa lebt von der Zusammenarbeit. Darum möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal dafür bedanken, dass wir im Ausschuss für Europa und Internationales einen Antrag beschlossen haben, der zu einer regionalen Zusammenarbeit mit dem Piemont in zukunftsweisenden Bereichen führen soll – perspektivisch auch auf Parlamentsebene.

Im Bereich der internationalen Angelegenheiten haben wir sehr wohl Signale gesetzt, geht die Landesregierung doch hier auch etatechnisch ambitioniert vor: Lag der Gesamthaushalt 2017 noch bei rund 6

Millionen Euro, sind es nun schon über 11 Millionen Euro.

Hier liegen uns natürlich Ghana, Israel, Jordanien und Nordmazedonien vor allem am Herzen. Die seit 2007 bestehende Partnerschaft mit Ghana wurde unlängst verlängert und wird konsequent und konkreter ausgebaut. Auf Wunsch Ghanas wird mehr auf nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Hochschulkooperationen und natürlich Gesundheitsthemen fokussiert. In der Pandemie hat NRW auch hier Soforthilfe geleistet.

Zum Ausbau der Beziehungen zu Israel hat nicht nur das Auslandsbüro eröffnet. Hier wurden auch gute Fortschritte bei Aktivitäten und Anlaufstellen für Networking mit Partnern vor Ort für Unternehmen, Kunstschaffende und auch den Jugendaustausch gemacht. Über die Erfolge der Arbeit vor Ort hat unlängst der Büroleiter, Dr. Gil Yaron, in einer Videokonferenz berichtet.

Die Partnerschaft mit Nordmazedonien ist mir auch persönlich sehr wichtig, weil wir hier eine Unterstützung der Qualifizierung von Fach- und Führungskräften durchführen. Der Botschafter von Nordmazedonien ist meines Wissens gerade auch in NRW zu Gast.

Die NRW-Koalition hat das Versprechen gehalten, die Bundesstadt Bonn als UN-Standort und Kompetenzzentrum für internationale Politik zu stärken. So erhielt Bonn den Zuschlag für den neuen Standort des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage und wird dadurch natürlich international aufgewertet. Nicht zu vergessen – ich hoffe, dass ich dem Sportkollegen da nicht einen Punkt raube –: Bonn wird auch in Zukunft Hauptquartier für das Paralympische Komitee sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Tritschler das Wort.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Bundesland leistet sich einen eigenen Haushalt für Europa und Internationales. Da beides keine Länderangelegenheiten sind, sondern nach Art. 73 unseres Grundgesetzes zu den ausschließlichen Angelegenheiten des Bundes zählen, fragt man sich, ob wir vielleicht zu viel Geld haben. Das ist mir in der restlichen Haushaltsberatung bisher aber noch nicht aufgefallen.

Schaut man sich das näher an, wird einem klar, dass es Ihnen natürlich weniger um Wohltaten für Europa oder die Welt geht, sondern um ein paar Steuerzahlergeldgeschenke für politische Verbündete.

Bestes Beispiel ist, wie jedes Jahr im Haushalt, die Europa-Union, die mit fünfstelligen Beträgen aus dem Haushalt gefüttert wird und nichts anderes ist als eine Lobbyorganisation für eine immer mächtigere EU und immer machtlosere Mitgliedsländer.

Eher skurril wirken auch die 140.000 Euro, die Sie den Steuerzahler die – Zitat – „Steigerung der Europafähigkeit“ unseres Landes kosten lassen. Man fragt sich, wie NRW es all die Jahre geschafft hat, Teil von Europa zu sein, ohne dass die schwarzgelbe Landesregierung hierfür extra sechsstellige Beträge freimacht.

Meine Damen und Herren, unser Land und unsere Bürger brauchen keine Nachhilfe in Sachen Europa, wohl aber unsere Politik und namentlich unser Europaminister Holthoff-Pförtner, der hier in seinen Reden immer vom Friedensprojekt spricht, aber gerade gegenüber unseren östlichen Nachbarn eine eher unverschämte Kanonenbootpolitik betreibt. So drohte er – bezeichnenderweise in seinen eigenen Zeitungen – den Polen ganz ungeniert damit, ihnen EU-Fördermittel zu streichen, wenn sie seinen schrägen und auch – so muss man sie nennen – heuchlerischen Vorstellungen vom Rechtsstaat nicht nachkommen wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Heuchlerisch? Heuchlerisch?)

Insbesondere sei das polnische Verfassungsgericht ja nicht unabhängig. – Herr Minister, aus Deutschland ist das geradezu ein Treppenwitz.

Ganz besonders wird es ein Treppenwitz, wenn das von einem CDU-Minister kommt. Ihre Partei ist es doch, die unser Bundesverfassungsgericht nicht mit Richtern nach Befähigung und Qualifikation besetzt, sondern eher nach Parteibuch. Sie sind es, die dort abgelegte Ministerpräsidenten und Abgeordnete parken und dafür auf wohlwollende Rechtsprechung zählen können. Damit die Damen und Herren Richter auch wirklich keinen Unsinn machen und mal gegen die Interessen der Regierung entscheiden, werden sie dann auch noch in regelmäßigen Abständen ins Kanzleramt bestellt.

Herr Holthoff-Pförtner, Sie sind in einem freien Deutschland aufgewachsen, haben davon profitiert und spielen jetzt eine maßgebliche Rolle bei der Abschaffung dieser Freiheit und offensichtlich auch bei der Abschaffung dieses Landes. Sie sind wirklich der letzte Mensch in ganz Europa, der mit dem Finger auf Polen zeigen sollte – ein Volk, das jahrzehnte-, ja jahrhundertlang um seine eigene Freiheit ringen musste und jetzt eben nicht geneigt ist, diese Freiheit Ihnen und Ihren Freunden in Brüssel auszuhändigen.

Deshalb, Herr Minister: Wenn Sie dieses Land europafähiger machen wollen, dann treten Sie am besten zurück. Das kostet auch weniger. Das wäre nicht nur

besser als dieser Klimbim im Haushalt, der Ihnen ja so am Herzen ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt hat er es ihm aber gezeigt!)

– Bitte? Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Zurufe)

– Dann ist gut.

Schließlich noch ein Wort zur Entwicklungshilfe.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Ich sage es Ihnen trotzdem. – Entwicklungshilfe gehört noch weniger in einen Landeshaushalt. Meine Damen und Herren, wenn Sie Bundespolitik machen wollen, lassen Sie sich in den Bundestag wählen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ei!)

Und nicht nur das. Sie ist auch verlogen. Sie feiern sich hier selbst im Haushalt dafür, dass Sie irgendwelche Projekte und Projektchen gegen den Hunger auf der Welt fördern. Sie selbst sind aber mit Ihrer wahnwitzigen Lockdown-Politik mittlerweile der größte Hungertreiber auf der Welt.

Nur eine Zahl dazu: Der UN-Report zur Lage der weltweiten Nahrungsmittelsicherheit weist seit 2019 weltweit 70 Millionen bis 161 Millionen Menschen zusätzlich aus, die an Hunger leiden. 70 Millionen bis 161 Millionen Menschen mehr, die an Hunger leiden!

Wie viele davon an Hunger sterben, wissen wir aktuell noch nicht. Aber es werden wahrscheinlich viele sein – wahrscheinlich auch weit mehr Menschen, als an COVID sterben. Vereinbaren Sie das einmal mit Ihrem Gewissen, bevor Sie die angeblich schuldigen Ungeimpften drangsaliieren.

Wir jedenfalls werden diesem Unfug hier nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner das Wort.

**Dr. Stephan Holthoff-Pförtner,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Remmel, Sie haben mit dem Verweis auf die Augsburger Puppenkiste die Koalition nur verkürzt wiedergegeben. Sie erinnern sich nicht richtig. Denn vollständig hätte es geheißen:

„Eine Insel mit zwei Bergen  
Und dem tiefen, weiten Meer

Mit vier Tunnels und Geleisen  
Und dem Eisenbahnverkehr  
[...]  
Jeder sollte einmal reisen  
In das schöne Lummerland“

So viel zur Augsburger Puppenkiste und der Koalition, die Sie da nicht richtig wiedergegeben haben. Denn willkommen in der Realität: Die Realität ist eine andere als die von Ihnen verkürzte Lummerland-Geschichte.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt steht Nordrhein-Westfalen im Vergleich aller Nationalstaaten der Welt auf Platz 18, in Europa auf Platz 8 und in der Europäischen Union auf Platz 6.

Mit diesem Einfluss gehen Verpflichtungen und eine große Verantwortung einher. Dieser Verantwortung stellt sich die Koalition und stellt sich Nordrhein-Westfalen.

Wir verstehen den Europabezug in unserer Landesverfassung als Auftrag, zur Entwicklung und Verwirklichung eines geeinten Europas sowie zur Stärkung der Europäischen Union einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Wir brauchen im Systemwettbewerb mit sogenannten illiberalen Demokratien und einer Einparteiendiktatur dringend eine starke Europäische Union in der Welt. Die Europäische Union ist dabei Partner, Wettbewerber, aber auch systemischer Rivale.

Zugleich treten wir dafür ein, den Europagedanken in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Deshalb hat die Landesregierung den Gesamthaushalt für den Bereich „Europa“ in dieser Legislaturperiode um 150 % gesteigert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nordrhein-Westfalen ist international auf offene Märkte angewiesen. Wir profitieren von gesellschaftlichem und kulturellem Austausch. Beides ist aber auch von Konkurrenz geprägt. Es ist keine Selbstverständlichkeit, diesen Austausch zu haben. Deshalb haben wir den Haushalt für internationale Angelegenheiten in der laufenden Legislaturperiode annähernd verdoppelt.

Konkret heißt das: Wir haben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die angemessene Bedeutung gegeben. Wir haben die bilaterale Zusammenarbeit national und regional gestärkt sowie bestehende internationale Partnerschaften angemessen ausgerichtet und neue Partnerschaften begonnen.

Das europäische Informations- und Kommunikationsangebot in den Schulen und an den Ausbildungsplätzen haben wir ausgebaut.

In besonderer Weise fördern wir außerdem die außeruniversitäre Wissenschaft und Forschung zu Fragen internationaler Politik und ermöglichen damit

auch den Austausch von Wissenschaft mit der Politik, mit den Medien, mit der Wirtschaft und mit der Zivilgesellschaft.

Besondere Bedeutung hat für uns die Reform der Europäischen Union für starke Regionen und für stärkere Regionen.

Wie kein anderes Ereignis der zurückliegenden Jahre hat die Pandemie die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterstrichen. Das Vertrauen, das wir über viele Jahre aufgebaut haben, ist heute die Voraussetzung für die gemeinsame Politik der Pandemiebekämpfung mit unseren Freunden in Belgien und in den Niederlanden. Ein offener Dialog ist die Voraussetzung für offene Grenzen. Diese haben wir in Nordrhein-Westfalen auch in den stärksten Krisen behalten.

Die Stärkung des internationalen Standortes Bonn ist für uns dabei von allergrößter Bedeutung.

Das Regionale Weimarer Dreieck – ein gelebtes Musterbeispiel erfolgreicher grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit Hauts-de-France, Nordrhein-Westfalen und Schlesien – hat eine gemeinsame industrielle Vergangenheit. Wir haben aber auch eine Zukunft in der Bekämpfung der gemeinsamen Herausforderungen.

In internationalen Partnerschaften arbeiten wir bei den Themen „Klimaschutz“, „urbane Transformation“, „Verkehr“ und „Mobilität“ eng zusammen.

Wir haben nicht nur die bestehenden Partnerschaften mit Hauts-de-France, Schlesien und Ghana erneuert, sondern auch neue Partnerschaften mit Nordmazedonien, British Columbia und Greater Manchester mit der Metropole Ruhr gebildet.

Gemeinsam fördern wir die Vernetzung von Wissenschaft – auch im Fall von Greater Manchester –, und gemeinsam fördern wir Kulturbeziehungen, unter anderem das von Ihnen schon erwähnte Büro in Israel.

Der intensive Austausch mit EU-Beitrittskandidaten ist in beiderseitigem Interesse für die Europäische Union und für die Länder auf dem Westbalkan.

Die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Nordmazedonien wirkt wie ein Stein für dieses Gebäude, das für die Errichtung des gemeinsamen Europas von elementarer Bedeutung sein wird.

Wir verstärken noch einmal deutlich die Zusammenarbeit und auch den Schüler- und Studentenaustausch mit dem Vereinigten Königreich. Leider ist das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union ausgetreten, aber weiß Gott nicht aus Europa und schon gar nicht aus unserem Gedächtnis und unserer Dankbarkeit. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Teilbereich nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache zu „Europa und Internationales“ angelangt sind.

Ich rufe auf:

### c) Sport

Ich darf als erstem Redner für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Weske das Wort geben.

**Markus Herbert Weske (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Damen und Herren von der AfD! Sie haben es gemerkt: Die zweite Lesung des Haushalts ist bekanntlich immer die Stunde der Hinterbänkler. Insofern, Herr Wüst, willkommen im Klub hier bei dieser Runde!

(Heiterkeit)

Sie sitzen natürlich in der ersten Reihe. Aber warten Sie einmal ab. Ihr Vorgänger ist jetzt auch sehr schnell in der letzten Reihe gelandet. Es ist jedenfalls schön, dass Sie da sind.

Ihre erste Sitzung des Sportausschusses haben Sie ja schon gebläut. Wenn gleich von hinten der Zuruf kommt, der Vorgänger sei auch nie im Sportausschuss gewesen, denken Sie daran: Es gibt keine Gleichheit im Unrecht. – Insofern freuen wir uns auf Ihren Besuch demnächst.

Kommen wir zum Haushalt 2022.

(Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Erst einmal: Ehre, wem Ehre gebührt! Es geht nun um die Quantität. Herr Nettekoven wird wahrscheinlich gleich in altbekannter Manier die letzten fünf Jahre zahlentechnisch aufarbeiten. Das soll dann auch so sein.

Ja, das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ ist ein Erfolg, und es wird im nächsten Jahr mit 100 Millionen Euro seinen Höhepunkt erfahren. Wir alle sind dafür.

(Beifall von Andreas Terhaag [FDP])

Wir freuen uns auch, dass es dem Sport vor der Pandemie bei sprudelnden Steuereinnahmen gelungen ist, dem Finanzminister die 300 Millionen Euro für das Programm herauszuleiern.

Aber wir reden auch qualitativ über den Haushalt 2022, und da ist jenseits der Zahlen leider nichts zu finden. Ich habe es auch schon im Sportausschuss gesagt. Der Punkt „Corona“ findet im Bereich „Sport“ überhaupt nicht statt, den hat es dort nie gegeben. Es gibt einen einzigen Satz in dem Erläuterungsband:

Der organisierte Sport unternimmt große Anstrengungen, um die Folgen der Coronapandemie zu überwinden. – Das ist alles, keine Weiterentwicklung, keine Überlegungen.

Jetzt kann man natürlich sagen: Das machen wir alles über den Rettungsschirm, deswegen hat das im Haushalt 2022 nichts zu suchen. – Wenn wir aber über Europa, Medien oder den Bereich der Staatskanzlei selbst diskutieren, dann taucht in diesem Heftchen 23-mal die Begründung „Corona“ auf, nämlich dass man etwas weiterentwickeln musste. – Da hängen wir leider hinterher.

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Exkurs in die aktuelle Coronaschutzverordnung machen, die seit heute in Kraft ist, weil wir da etwas verpasst haben. Es geht um die 2G- und 3G-Kontrollen bei den Sportvereinen. Damit meine ich nicht, wie das am Freitagabend bei Fortuna Düsseldorf zu funktionieren hat, sondern im Breitensport.

Alleine im Fußball finden jede Woche 50.000 Trainingseinheiten von Kindern und Jugendlichen statt. Die Vereine müssen jetzt 2G und 3G kontrollieren. Das ist ein bisschen doof gelöst. Ich hoffe, wir kommen da zusammen.

Fordern Sie Ihren Gesundheitsminister auf, dort eine kleine Ergänzung zu machen, und zwar dass im Trainingsbetrieb auf Außenanlagen keine Kontrollpflicht von Begleitpersonen besteht. Wir alle sind uns einig, dass es nicht schlimm ist, wenn sechs oder sieben Väter und Mütter hinter dem Tor stehen und entsprechend Abstand halten. Wenn der Gesundheitsminister das macht, kann er am 10. Dezember noch zum Sportler des Jahres gewählt werden – natürlich nur ehrenhalber, das ist klar.

(Heiterkeit von der SPD)

Das ist uns ein großes Anliegen.

Zum Haushalt selbst und dem Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“: Ich erwähne ihn deswegen, weil Sie ihn in Ihrer Regierungserklärung auch extra angesprochen haben. Im Sporthaushalt finden sich 175.000 Euro für den gesamten Plan, davon sind 75.000 Euro für eine Imagekampagne vorgesehen. Das Land will also mit 100.000 Euro das Problem, dass die Grundschülerinnen und Grundschüler nicht schwimmen können, im nächsten Jahr bereinigen. Das ist natürlich viel zu wenig.

Um Ihnen das einmal deutlich zu machen, Herr Wüst: Wenn Sie Philippa demnächst zur Schwimmgewöhnung bei der DLRG in Düsseldorf anmelden, dann sagen die Ihnen, dass Philippa Wüst auf Platz 4.001 der Warteliste steht. Das ist die Dramatik, die sich dahinter verbirgt. Wir sind uns doch einig, dass man da mit 175.000 Euro nicht weiterkommen wird.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Noch eine letzte Sache: Wir haben den Pakt für den Sport schon am Anfang der Legislaturperiode angesprochen. Das Problem ist, dass immer dann die neuen Verträge gemacht werden müssten, wenn hier Landtagswahlen sind. Deswegen wollten wir in diesen Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung für 2023 – etwa über 32 Millionen Euro – hineinschreiben, damit der Sport weiß: Egal, wie es nach dem 15. Mai weitergeht, hier ist Verlässlichkeit. Dann kann man in Ruhe über eine Weiterführung des Paktes für den Sport diskutieren.

Leider haben die regierungstragenden Fraktionen das im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Solche Änderungen hätten wir gerne gehabt, vor allem im Bereich des Schwimmens. Daher werden wir den Sporthaushalt heute ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Weske. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Nettekoven das Wort.

(Zuruf von der SPD)

**Jens-Peter Nettekoven (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nur gefragt, ob ich statt des Wassers ein Kölsch haben kann. Das wurde abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sport ist die schönste Nebensache der Welt. Jeder von uns kennt die beliebte Floskel, für die im Sporttalk „Doppelpass“ ein Fünfer ins Phrasenschwein fällig wäre.

Lieber Markus Weske, du hast recht. Ich werde jetzt einmal auflisten, was in den letzten Jahren alles in den Sport geflossen ist und – damit du siehst, was alles gekommen ist – den Vergleich zu den letzten sieben Jahren unter Rot-Grün darstellen. Das ist, glaube ich, eine schöne Rede.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Bei uns in NRW, im Sportland Nummer eins, ist der Sport seit 2017 Chefsache. Seitdem erhält der Sport den Stellenwert und die finanzielle Unterstützung, die er verdient. Denn der Beitrag, den der Sport für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet, ist nicht nebensächlich, sondern unbezahlbar.

Mit einer erneuten Erhöhung um fast 52 Millionen Euro auf mehr als 239 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2022 demonstrieren wir unsere Wertschätzung für den Leistungs- und Breitensport in unserem Bundesland.

Gegenüber dem letzten Sporthaushalt unter Rot-Grün im Jahr 2017 summieren sich die jährlichen

Aufwüchse für die Jahre 2018 bis 2022 auf ein sattes Plus von insgesamt fast 174 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, anstatt wohlfeile Sonntagsreden über die Bedeutung des organisierten Sports zu halten, haben wir entschlossen gehandelt und die finanzielle Unterstützung des Vereinssports deutlich erhöht.

Den rot-grünen Pakt für den Sport mit seinen jährlichen 34,4 Millionen Euro trennen Welten von der christlich-liberalen Zielvereinbarung „Nr. 1: Sportland Nordrhein-Westfalen“, die dem Landessportbund eine jährliche Unterstützung von 42,2 Millionen Euro garantiert.

Anstatt sentimentale Klagelieder über den schlechten Zustand unserer Sportstätten anzustimmen, haben wir beherzt die Ärmel hochgekrempelt und das 300 Millionen Euro schwere Investitionsprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ aus der Taufe gehoben. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich mit meinem Kollegen Sven Wolf gemeinsam bei der Übergabe einer „Sportstätte 22“ dabei bin. – Du hattest eben ausgeführt, dass es ein gutes Programm ist. Ich freue mich, dass es auch bei der Opposition so gut ankommt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Anstatt sieben Jahre Stillstand zu verwalten, haben wir die Priorisierung der Sportpauschale ins Rollen gebracht. Damit erhalten die Kommunen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes jetzt rund 64 Millionen Euro anstelle der 50 Millionen Euro unter Rot-Grün.

Statt als Bedenkenräger sportliche Großveranstaltungen auszubremsen, schaffen wir optimale Rahmenbedingungen für die Initiative von Sportverbänden und Sportveranstaltern. Dazu haben wir die Mittel für Großveranstaltungen gegenüber dem Vorjahr um 25 Millionen Euro erhöht. Wir freuen uns, dass wir die Universiade 2025, die zweitgrößte internationale Sportveranstaltung, nach NRW geholt haben.

Am Schluss meiner Rede möchte ich kurz auf zwei tagesaktuelle Haushaltsänderungsanträge eingehen, mit denen wir die Auswirkungen der Coronapandemie auf den Sport in den Blick nehmen. Mit 100.000 Euro soll eine Studie gefördert werden, die bisher fehlende belastbare wissenschaftliche Daten zur präventiven Wirkung von Sport zum Schutz vor COVID-19-Erkrankungen erhebt und daraus Handlungskonzepte für die Zukunft ableitet.

Weitere 90.000 Euro sollen für das Projekt „NRW YoungStars“ eingestellt werden. Ziel des sportlichen Wettbewerbs an allen Grundschulen in NRW ist es, durch die Stärkung der Basissportarten Turnen und Leichtathletik die Ausbildung motorischer Grundfertigkeiten stärker als bisher im schulischen Alltag zu verankern.

Für das Haushaltsjahr 2022 werden wir die Latte in der Sportförderung noch einmal ein Stück höher legen, der Sport hat es verdient. Ich möchte aber auch nicht versäumen, zu sagen – und ich glaube, die Kollegen, auch der Oppositionsfraktionen, geben mir recht –, dass wir ein gutes und vertrauensvolles Miteinander haben. Auch wenn wir einen unterschiedlichen Geschmack im Fußball haben, sind wir, denke ich, immer an der Sache interessiert.

Ich darf hier nichts mehr hochhalten, möchte aber sagen: Nordrhein-Westfalen hat die erste olympische Goldmedaille im Ringen geholt. Ich hoffe, dass wir noch mehr solcher Erfolge erzielen.

Ich danke Ihnen recht herzlich und würde mich freuen, wenn Sie weiterhin dafür sorgen, dass NRW Sportland Nummer eins bleibt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, lieber Herr Kollege Nettekoven. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

**Josefine Paul\*** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, natürlich will auch ich es nicht versäumen, Sie in der Sportfamilie zu begrüßen. Allerdings muss ich sagen – auch wenn der Kollege Nettekoven gerade erklärt hat, in Nordrhein-Westfalen sei Sport Chefsache –: Das ist zwar vom Organigramm her richtig, lässt aber ein wenig außen vor, dass Sie, Herr Ministerpräsident Wüst, im Ausschuss und auch sportfachlich immer ganz hervorragend von Staatssekretärin Milz vertreten werden. Das darf man an dieser Stelle auch mal erwähnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auf das Sportstättenanierungsprogramm, das 300-Millionen-Programm, ist bereits vielfach hingewiesen worden. Natürlich ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Der Sanierungsstau der Sportstätten in Nordrhein-Westfalen ist groß. Dass diese 300 Millionen Euro auf den Weg gebracht wurden, ist ein guter und richtiger Einstieg.

Nichtsdestotrotz müssen wir feststellen, dass die Sportstättenanierung auch in Nordrhein-Westfalen eine Mammutaufgabe ist. Es geht einerseits um die Vereinssportstätten und um den vereinsgebundenen Sport. Andererseits würde ich mir nach wie vor wünschen, dass wir mehr in die Richtung kommen, eine strukturelle und strukturierte Sport- und Bewegungsplanung in den Kommunen zu unterstützen.

Denn wir haben einerseits den vereinsgebundenen Sport, der nicht zuletzt mit seiner ehrenamtlichen

Arbeit, mit seiner Kinder- und Jugendförderung etc. ein sehr wichtiger zivilgesellschaftlicher Baustein ist. Andererseits haben wir sehr viel Bewegung über vereinsungebundenen Sport, und auch dafür braucht es selbstverständlich eine gute und sichere Infrastruktur.

Dies kommt leider in dem 300-Millionen-Programm zu kurz. Da brauchen wir eine Verbesserung. Eine Möglichkeit wäre es gewesen, durch die NRW-Koalition für handlungsfähige Kommunen zu sorgen,

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

denn am Ende des Tages sind 80 % der Sportförderungen in Deutschland kommunale Förderungen. Dazu braucht man allerdings Kommunen, die in der Lage sind, überhaupt noch Investitionen auch und gerade in die Sportstätteninfrastruktur zu stemmen. Das haben diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen leider versäumt, und das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Sportstätteninfrastruktur.

Nicht zuletzt wäre es gut, wenn das Land unmittelbar noch mehr in die Unterstützung der Sportinfrastruktur gehen würde.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene – der eine oder die andere konnte vielleicht schon hineinspinken – wird davon gesprochen, dass es mehr Mittel für die Sportstättenförderung auf Bundesebene geben soll, auch und gerade für die Bäder. Denn – dies ist ebenfalls bereits angekommen – die Frage der Schwimmhallen, der Schwimmflächen und der Schwimmfähigkeit beschäftigt uns nicht zuletzt im Sportausschuss immer wieder. Leider muss man feststellen, dass die Pandemie die Situation noch einmal verschärft hat. Wir haben jetzt zwei Jahrgänge, bei denen wir befürchten müssen, dass sie im Grunde genommen Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer sind, dass wir dort eine Bugwelle von jungen Menschen haben, die wir natürlich noch zu sicheren Schwimmerinnen und Schwimmern ausbilden wollen.

Hier hat die Landesregierung noch nicht besonders viel geliefert. Wie oft haben wir über die Frage der alternativen Wasserflächen gesprochen? Wie oft haben wir über kreative Konzepte gesprochen, und wie wenig ist dabei am Ende des Tages jenseits von Ankündigungen – man sei im Gespräch – tatsächlich herumgekommen?

Der Aktionsplan „Schwimmen lernen in NRW“ entfaltet mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen, noch nicht die nötige Schlagkraft. – Herr Ministerpräsident, ich habe wohlwollend gehört, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung auf das Schwimmenlernen eingegangen sind, aber ich will Ihnen auch sehr deutlich sagen: Das darf keine Ihrer Schaufensterreden bleiben.

(Beifall von den Grünen und Dr. Nadja Büteführ [SPD])



Die Koalition will den Kinder- und Jugendsport stärken, aber die gerade eingebrachten Änderungsanträge mit wirklich relativ kleinen Summen, um die es hier geht, sind auch nicht der große Wurf, den wir hier brauchen.

Schon vor der Pandemie haben wir mit der Situation zu kämpfen gehabt, dass nur vier von fünf Heranwachsenden überhaupt die WHO-Empfehlungen zur Mindestbewegung am Tag – 45 Minuten – erreichen. Das Problem ist: Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen mehr in Bewegung bringen.

Dazu erscheint mir das, was hier vorgelegt worden ist, einfach noch zu wenig. Das ist zwar keine originäre Zuständigkeit des Sportausschusses und damit auch nicht des Sporthaushalts, aber der Mangel an real erteiltem Sportunterricht in Schulen ist ja nicht erst seit der Coronapandemie ein Problem. Auch hier hat die Landesregierung nichts geliefert, um diesem Problem entgegenzuwirken.

Ich bin der Auffassung, dass wir die Frage von Bewegungsmangel und gesundheitlichen Folgen sowie auch von motorischen Defiziten mehr in den Blick nehmen müssen, und zwar ressortübergreifend. Sonst kommen wir bei dem, was den Schulsport, den Vereinssport, die alltagsintegrierte Bewegung betrifft, nicht weiter. Wir müssen das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mehr in den Mittelpunkt der Politik stellen.

Herr Nettekoven, Sie haben es gerade so schön gesagt: Sport ist die schönste Nebensache der Welt. – Insbesondere mit Blick auf den Kinder- und Jugendsport würde ich mir wünschen, dass es keine politische Nebensache bleibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Terhaag das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Andreas Terhaag (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meiner Rede komme, wiederholen wir das Spiel vom letzten Jahr. Ich glaube, da hatten wir das Thema auch schon, damals noch mit dem Kollegen Bischoff. Ich erinnere gern daran: Die Vorgängersportministerin Kampmann hat, glaube ich, nur ein einziges Mal in vier Jahren an Sitzungen des Sportausschusses teilgenommen.

(Zuruf von der SPD)

Von 14 Reden hier im Plenum hat sie nur 5 gehalten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da hatten wir wenigstens eine Sportministerin!)

– Das hatten wir im letzten Jahr auch schon.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es wurde zwar schon oft erwähnt, aber man kann es nicht oft genug wiederholen: Sport ist wichtig und bleibt auch wichtig. Der NRW-Koalition ist er wichtig – das kann man am Haushaltsentwurf sehen –, und er bleibt ihr auch wichtig.

Wie wichtig er unter Rot-Grün war, sieht man, wenn man die vergangenen Sporthaushalte mal vergleicht: unter Rot-Grün 2013 bis 2017 durchschnittlich 65 Millionen Euro pro Jahr, unter der NRW-Koalition 2018 bis 2021 durchschnittlich 129 Millionen Euro pro Jahr, also quasi eine Verdoppelung des Sporthaushalts.

Wie wichtig der Sport für unsere Gesellschaft ist, ist uns seit dem letzten Jahr schmerzlich bewusst. Unser normales Leben samt den meisten Freizeitbeschäftigungen hat praktisch stillgestanden.

Sport spielt aber innerhalb unserer Gesellschaft eine große Rolle. Er ist wichtig für die körperliche und seelische Gesundheit, stärkt das soziale Leben und muss deshalb gefördert werden. Er ist wichtig für die Menschen, die leidenschaftlich in ihrer Freizeit Sport treiben, für die knapp 5 Millionen Vereinsmitglieder, die sich in über 18.000 Vereinen engagieren. Für all diese Menschen sind wir da. Dabei haben wir alle Menschen im Blick, egal ob jung oder alt. Die Investitionen müssen spürbar bei diesen Menschen ankommen.

Wir haben im letzten und in diesem Jahr in der Krise ein Sicherungsnetz aus einem Bündel von Hilfsmaßnahmen für den Sport auf den Weg gebracht, und dieses Bündel an Maßnahmen hat gewirkt. Wir konnten Sportvereinen in der Krise helfen und zuletzt zum Beispiel Ausfälle aufgrund von Mitgliederaustritten abfedern. Über 1.400 Anträge wurden hier bereits gestellt, und schon über 3 Millionen Euro sind an Vereine ausgezahlt worden.

Für die unkomplizierte Zusammenarbeit bei all unseren Hilfspaketen für den Sport und den dauerhaften Einsatz für den Sport der Abteilung in der Staatskanzlei mit unserer Staatssekretärin Andrea Milz möchte ich mich, wie es allen anderen auch schon getan haben, ausdrücklich bedanken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Coronapandemie macht keinen Halt, und die aktuelle vierte Welle macht deutlich, dass auch nächstes Jahr weitere Herausforderungen auf alle, nicht zuletzt auf den Sport, zukommen können. Ziel muss es sein, wieder auf das gewohnte Angebot im Breiten- sowie im Leistungssport zu kommen.

FDP und CDU haben daher einen Änderungsantrag eingebracht, um Handlungskonzepte zu erhalten,

wie wir mit zukünftigen Pandemien im Sport umgehen können.

Wir wollen den Sport in Nordrhein-Westfalen noch mehr fördern und damit das Sportland Nummer eins bleiben. Für dieses Ziel nehmen wir auch im nächsten Haushaltsjahr wieder mehr Geld in die Hand. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf sollen in den nächsten drei Jahren über 50 Millionen Euro zusätzlich für den Sport ausgegeben werden. Mit diesem Mehr an Mitteln wollen wir zum Beispiel sportliche Großveranstaltungen fördern und damit wieder mehr Normalität in den Alltag der Menschen bringen.

Leider fielen im letzten und in diesem Jahr viele große und wichtige Sportveranstaltungen aus. Umso wichtiger ist es, mit Blick auf eine Normalität nun neue Sportevents zu planen.

Herauszuheben sind dabei die Rhine-Ruhr FISU World University Games, also die Weltspiele der Studierenden, die 2025 stattfinden sollen. Allein dieses internationale Megasportevent fördern wir mit 18 Millionen Euro. Mit weiteren 15 Millionen Euro fördern wir zum Beispiel die Basketball-EM 2022, die Hockey-EM 2023, die Finals 2023 sowie die Handball-EM 2024. Damit holen wir hochkarätige und erstklassige Großveranstaltungen in unser Sportland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kümmern uns aber auch intensiv um die Sportvereine, die so wichtig für unser Land sind. Unser erfolgreiches Landesprogramm „Moderne Sportstätte 2020“ ist dabei unser Leuchtturmprojekt. Hier wird es im nächsten Jahr einen weiteren planmäßigen Mittelaufwuchs für die Sportstätten unserer Sportvereine in Höhe von 10 Millionen Euro geben.

Uns liegt aber die Attraktivität des Sportlandes NRW auf jeder Ebene am Herzen. Daher wollen wir weitere Sportstätten modernisieren und ausbauen. Für den Neubau, die Modernisierung, die Sanierung, die Erweiterung sowie den Erwerb von Spitzensportstätten samt Infrastruktur mit herausragender Bedeutung werden weitere 18 Millionen Euro ausgegeben.

In den letzten Jahren haben wir in jedem Jahr den Sport in NRW mehr gefördert. Ob es die Olympiastützpunkte sind, die Verbesserung der Trainerfinanzierung, die Ausbildungspartnerschaften für die duale Ausbildung von Spitzensportlern, die Verbesserung der Sportschulen, der Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“, die Erweiterung und der Ausbau des Programms „NRW kann schwimmen!“, der Ausbau der Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen, die klare Profilierung bei der Akquise von Sportgroßveranstaltungen, Verbesserungen bei der Inklusion und nicht zuletzt ein einmalig erfolgreiches Modernisierungsprogramm für die Sportstätten im Land – wir haben damit erhebliche Fortschritte für den Sport in Nordrhein-Westfalen erzielt. Unsere gute Arbeit wollen wir weiter fort-

führen. Hierfür ist ein zielgenauer, punktueller Mittelaufwuchs erforderlich.

Zusammenfassend halte ich fest, dass der kontinuierlich aufwachsende Sporthaushalt auch im kommenden Jahr erneut einen Ausdruck unserer Wertschätzung gegenüber dem Sport darstellt und dessen hohen Stellenwert in der Koalition unterstreicht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich bitte daher, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Terhaag. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Keith das Wort. Bitte sehr.

**Andreas Keith\*** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel – so fühlt sich Armut an, wenn jeder Cent zweimal umgedreht werden muss, wenn das Geld vorne und hinten nicht reicht, wenn selbst das Nötigste fehlt.

Eine der Kernaufgaben der Politik ist es, Armut für seine Bürger zu beseitigen und zu verhindern. Das ist mit dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz verankert. Armut kann aber nicht nur Menschen treffen, sie trifft in unserem Land immer öfter auch Kommunen und Sportvereine, und das nicht erst seit Corona oder der Flutkatastrophe.

„Sport ist durch Land und Gemeinde zu pflegen und zu fördern.“ So steht es zumindest in Art. 18 Abs. 3 der Landesverfassung. Was aber, wenn das Geld dafür nicht ausreicht? Was geschieht mit Sportanlagen, die Jahrzehnte nicht saniert und gepflegt wurden? – Ganz einfach: Sie werden baufällig und müssen aus Gründen der Sicherheit für Jahre gesperrt oder – im schlimmsten Fall – für immer geschlossen werden, und zwar überall dort, wo ein Ersatzneubau nötig wäre und mit Renovierungsmaßnahmen alleine nichts mehr zu retten ist.

Der Sanierungsstau in unserem Bundesland ist mittlerweile auch deshalb so gewaltig, weil die Infrastruktur jahrzehntelang vernachlässigt worden ist. Es wären nach vorsichtigen Schätzungen rund 2,5 Milliarden Euro nötig, um alle Turnhallen, Sportplätze und Schwimmbäder in Nordrhein-Westfalen wieder in stand zu setzen – 2,5 Milliarden Euro, um den Sport zu retten.

Bis zu 50 % aller Sportstätten in Deutschland sind sanierungsbedürftig, so der Präsident der Internationalen Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen. Doch nicht immer muss es gleich ein Neubau sein. Oftmals fehlen gerade die grundlegendsten Dinge:

Toiletten und Duschen, die man nutzen kann, Fenster, die sich schließen lassen, eine funktionierende Beleuchtung, begehbare Wege und moderne Umkleiden. Denn welcher Hobby- oder Freizeitsportler kennt nicht den morbiden Charme der typischen Umkleidekabine einer 1960 erbauten Sporthalle. Ich wette sogar, Sie können es riechen, wenn Sie nur an Ihre aktive Sportzeit denken.

Diese Beispiele habe ich mir nicht ausgedacht, sondern es sind genau die Dinge, die die Vereine im Rahmen des Landesförderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ beantragen. Damit stellt das Land dem organisierten Sport in dieser Legislaturperiode 300 Millionen Euro für die Modernisierung und Sanierung von Sportstätten zur Verfügung. So weit, so gut – das ist immerhin mehr als das, was die SPD-geführte Vorgängerregierung dem Breitensport je hat bieten wollen. Doch es ist längst nicht alles Gold, was glänzt.

Erstens. Als Ex-Ministerpräsident Laschet das Programm auf den Weg brachte, geschah das vermutlich nicht ganz ohne Hintergedanken. Wir erinnern uns: Das Ziel war ursprünglich, die Olympischen Spiele nach Nordrhein-Westfalen zu holen, um sich als kanzlerfähiger Macher zu präsentieren. Das hätte aber unglaublich gewirkt, sobald klar geworden wäre, dass NRW es noch nicht einmal geschafft hat, moderne Sporthallen zu finanzieren. Marode Umkleidekabinen eignen sich nun mal nicht als Visitenkarte für Olympia.

Zweitens. Was Sie bei all dem Eigenlob für Ihr Programm ebenfalls nicht vergessen sollten, ist der Bedarf. Beispiel: Allein die Bonner Sportstätten benötigen 100 Millionen Euro für die Sanierung ihrer Anlagen. Ähnliches gilt für Leistungssportstätten wie das Lohrheidestadion in Bochum-Wattenscheid oder das Regattahaus in Duisburg-Wedau. Diese müssen für anstehende Sportgroßveranstaltungen wie die 2025 stattfindende Universiade modernisiert werden.

Insgesamt 29 Standorte haben Förderbedarf. Dafür stellt das Land 29 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind immerhin 21 Millionen Euro mehr als noch 2016 unter Rot-Grün. Aber allein bei 16 dieser 29 Standorte betragen die Gesamtkosten schon mehr als 43 Millionen Euro. Das reicht also vorne und hinten nicht.

Wir hätten uns daher gewünscht, dass sich die Landesregierung stärker für das eingesetzt hätte, was das Bundesministerium noch vor zwei Jahren versprochen hatte: einen goldenen Plan Sport mit 10 Milliarden Euro für Sportstätten – Geld, das vor allem unsere Schwimmbäder jetzt gut gebrauchen könnten. Unser Schwimmbadantrag und die dazugehörige Anhörung haben gezeigt: Immer mehr Kinder können nicht schwimmen, weil seit 2002 die Hälfte aller Schwimmbäder schließen musste und die Schwimmlehrkräfte schlichtweg fehlen.

Wir halten fest: Der Landessportplan ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden ihm daher zustimmen, auch weil wir wissen, dass die Versäumnisse der letzten Dekade nicht einfach über Nacht wettzumachen sind. Wenn unsere Sportplätze und Schwimmbäder sterben, dann leiden am Ende vor allem die Ärmsten der Gesellschaft. Teilhabe durch Sport gehört zum Leben. Hier sollte gelten: Mehr ist besser als zu wenig.

Am Ende noch eine Anmerkung – Frau Paul hat es eben schon angesprochen –: Auch ich möchte mich bei Staatssekretärin Milz für die stets engagierte Arbeit und den fairen Umgang mit der Opposition im Ausschuss bedanken. Ich habe den Ministerpräsidenten überhaupt nicht vermisst. Ich fand die bunte, zwar nicht immer lustige, aber manchmal kreative Gestaltung der Sitzungen des Sportausschusses – sowohl in Wedau als auch in der Sporthochschule – immer gut.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Da hat es keinen Ministerpräsidenten gebraucht. – Vielen Dank dafür.

Ich hoffe, dass wir in Zukunft weiter so zusammenarbeiten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keith. – Für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Wüst das Wort. Bitte sehr.

**Hendrik Wüst, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Die Pandemie hat uns noch einmal in besonderer Weise vor Augen geführt: Sport ist Lebensinhalt, stiftet Kontakte und ist Kitt für eine gesunde Gesellschaft. Kurz: Sport ist wichtig für unsere Gesellschaft und für unser Land. Es lohnt sich, Sport zu unterstützen und in Sport zu investieren.

Mit der Berufung von Andrea Milz zur Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt und der Ansiedlung in der Staatskanzlei hat der Sport den hohen politischen Stellenwert erfahren, der ihm gebührt. So konnte vieles zur Stärkung des Sports in Nordrhein-Westfalen erreicht werden.

Mit dem Landessportbund haben wir uns gleich zu Beginn der Legislaturperiode auf ein umfassendes Vorgehen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Sports in unserem Land verständigt und das in der Zielvereinbarung „Nr. 1: Sportland Nordrhein-Westfalen“ festgeschrieben.

Wir sind weiter auf Kurs und sehr zuversichtlich, unsere Ziele zu erreichen. Gemeinsam haben wir in

den vergangenen Jahren Schritt für Schritt wertvolle Verbesserungen erzielt.

Zu Beginn der Wahlperiode haben wir den Fokus zunächst auf die Förderung des Leistungssports gelegt. Die Maßgabe aus der Spitzensportreform des Bundes und des Deutschen Olympischen Sportbundes wurden umgesetzt. Für Nordrhein-Westfalen haben wir ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt.

Über eine verlässliche und auskömmliche Förderung haben wir dann bessere Beschäftigungsbedingungen für Trainerinnen und Trainer geschaffen und die Olympiastützpunkte in Nordrhein-Westfalen stärker aufgestellt.

Eine gute Infrastruktur ist Voraussetzung für eine zukunftsfeste Sportentwicklung. Deshalb haben wir mit „Moderne Sportstätte 2022“ ein noch nie da gewesenes Investitionsprogramm für Sportstätten geschaffen. Das Landesprogramm ist ein voller Erfolg und erfährt landesweit große Resonanz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Viele Menschen haben sich mit Leib und Seele dem Breitensport verschrieben. Oft kommen die Eltern mit dazu, wenn die Kinder anfangen, Sport zu machen. Die Kinder werden erwachsen, und die Eltern bleiben – im besten Sinne des Wortes – kleben.

Deshalb mal ein herzlicher Dank an alle engagierten Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer und an alle, die sonst in Vereinen mitmachen – ob im engeren Sinne im sportlichen Bereich, ob sie für Heimspiele Kuchen backen oder andere Dinge tun. – Ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch die Landesregierung hat sich mit großem Engagement der Breitensportförderung gewidmet. Gemeinsam mit den Sportorganisationen haben wir das Kinder- und Jugendsportprogramm „Sportplatz Kommune“, den Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“ und den Landesaktionsplan „Sport und Inklusion“ erarbeitet. All das wird engagiert umgesetzt.

Zugleich haben wir bei der Förderung des Kinder- und Jugendsports deutliche Verbesserungen erzielen können. Ich nenne beispielsweise das Programm „NRW YoungStars“, ein landesweiter Grundschulwettbewerb, ich nenne das Pilotprojekt zur Zusammenarbeit von nordrhein-westfälischen Sport-schulen mit umliegenden Grundschulen, ich nenne den Forschungsverbund Kinder- und Jugendsport NRW und die Weiterentwicklung der „Tandems“.

Die Pandemie hat selbstverständlich auch dem Sport in besonderer Weise zugesetzt. Wir haben den Sport in dieser Krise bestmöglich unterstützt. Mit unseren Hilfen konnten die Strukturen und die Arbeit der Vereine schnell, wirksam und dauerhaft stabilisiert

werden. Auch nach der Hochwasserkatastrophe im Juli helfen wir beim Wiederaufbau zerstörter Sportanlagen.

In diesem und im kommenden Jahr investieren wir vermehrt in Sportveranstaltungen und in die Sportstättenförderung, um sie fit für die Ausrichtung großer Events zu machen. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 haben wir für die Jahre 2022 bis 2024 zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 53 Millionen Euro eingeplant. Dies wird der Sportentwicklung, aber auch der Entwicklung von Freizeit- und Tourismuswirtschaft gerade im ländlichen Bereich zugutekommen.

Damit Nordrhein-Westfalen als Sportland attraktiv bleibt und wir große internationale Veranstaltungen und Meisterschaften durchführen können, wird zum Beispiel das Leichtathletikstadion in der Lohrheide in Bochum umfassend modernisiert. Zudem wird in Köln ein Radsportzentrum geschaffen. Die Bob- und Rodelsportarena in Winterberg und die Regattabahn in Duisburg werden modernisiert.

Wir freuen uns ganz besonders auf die Basketball-EM 2022 in Köln, im Jahr 2023 auf die Hockey-EM in Mönchengladbach, die Kanu- und Parakanu-WM in Duisburg, die Ruhr Games und die Finals Rhein-Ruhr. Auch im Jahr 2024 freuen wir uns auf viele große Veranstaltungen bis hin zur Fußball-Europameisterschaft. 2025 stehen die World University Games an, die wir gemeinsam mit den Städten Bochum, Düsseldorf, Duisburg und Essen stemmen werden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich bin zuversichtlich, dass wir damit eine hervorragende Visitenkarte für das Sportland Nordrhein-Westfalen abgeben werden. Sport ist für viele Menschen alltägliche Heimat. Nordrhein-Westfalen ist auch in Zukunft eine gute Heimat für den Sport. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zum Teilbereich Sport nicht vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu diesem Teilbereich.

Ich rufe auf:

#### d) Medien

Für die Fraktion der SPD darf ich Herrn Abgeordneten Vogt das Wort erteilen.

**Alexander Vogt (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! NRW ist Medienland;

das betont die Landesregierung bei jeder Gelegenheit und liegt damit auch richtig.

Wenn man aber so stolz darauf ist, dass Nordrhein-Westfalen das Medienland Nummer eins ist, verstehe ich nicht, warum man das Medienressort in dieser Wahlperiode so stiefmütterlich behandelt hat.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Nutzen wir diese letzte Haushaltsdebatte auch für eine Bilanz der Medienpolitik dieser Landesregierung. Beginnen wir mit dem Personalkarussell: Mit Hendrik Wüst ist bereits der dritte Medienminister im Amt. Bereits zum zweiten Mal ist ein Ministerpräsident in Personalunion auch Medienminister.

Es ist völlig unverständlich, dass der jeweils zuständige Minister in den gesamten vier Jahren an so gut wie keiner Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien teilgenommen hat. Der zuständige Minister ist den Ausschusssitzungen jeweils ferngeblieben und das Medienressort in dem Sinne komplett untergegangen.

Zweitens. Inhaltlich hat die Landesregierung die Medienpolitik lediglich – nennen wir es mal so – verwaltet. Es gab wenig neue Impulse. Einige Beispiele:

Sie haben groß eine Radiostrategie 2022 angekündigt. Wenn man genauer hinsieht, ist das nicht mehr als heiße Luft. Wir sehen keine zukunftsgerichteten Initiativen gerade für den wichtigen Radiomarkt in unserem Land.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Schauen wir weiter auf eine von vornherein zum Scheitern verurteilte Bundesratsinitiative zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit von journalistischen Tätigkeiten. Sie hätten in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit gehabt, über Mustersatzungen tätig zu werden. Getan haben Sie das nicht, sondern es auf den Bund geschoben.

Schauen wir weiter. Das Kinoprogramm „Film ab NRW“, als Hilfsprogramm in der Coronapandemie konzipiert, ist im Sommer ausgelaufen. Wenn Sie hier nicht schnell angesichts der steigenden Zahlen und der Situation etwas tun, wird das Kinosterben weitergehen.

Dann haben wir den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP, SPD und Grünen, beschlossen vor fünf Monaten, um den Schutz für Medienschaffende zu verstärken. Was ist in den fünf Monaten passiert? – Nichts. Wir haben keine Initiativen, damit Journalistinnen und Journalisten bei ihrer wichtigen Arbeit besser in unserem Bundesland vor Angriffen geschützt werden.

Beim dritten Punkt, der Finanzierung, gibt es auch einige Merkwürdigkeiten. Sie haben auf der einen Seite Millionenbeträge zur Verfügung, nutzen diese aber hauptsächlich für etablierte Veranstaltungen, wo NRW – wie beispielsweise beim Global Media Forum – nur eine Randnotiz ist, und Sie haben keine

neuen Formate entwickelt. Themen wären genug da: die Stärkung der Medienvielfalt zum Beispiel, des Lokaljournalismus oder der Medienkompetenz.

Beim Thema „Medienkompetenz“ frage ich mich beispielsweise, was mit diesem groß angekündigten Digital- und Medienbus ist, der durchs Land fahren und Kompetenz in die Fläche bringen sollte. – Die Schulministerin ist ja leider nicht da. – Der Bus ist klammheimlich verschwunden.

Eine Sache wundert mich wirklich. Die Nähe der Landesregierung zu Verlegern und zur Verlagsbranche ist ja offensichtlich. Herr Wüst, Sie waren sieben Jahre lang Geschäftsführer des Zeitungsverlegerverbandes, der Europaminister und Kurzzeitmedienminister war bis vor Kurzem Anteilseigner der Funke-Mediengruppe, und doch schrumpft der Zeitungsmarkt dramatisch.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das hat unsere Große Anfrage, die wir Ihnen gestellt haben, gezeigt. Was tun Sie? – Nichts zur Sicherung der Medienvielfalt, nichts zur Sicherung der Zeitungsvielfalt und auch nichts zur Sicherung der wichtigen Lokalradios in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Es geht nämlich nicht nur um Geld, es geht auch um Ideen. Davon war ziemlich wenig da. Wenn Ihre Parteien dann schon einmal Ideen entwickelt haben, dann kann es durchaus fatal werden, zum Beispiel die Vorstellung der einflussreichen Teile innerhalb der CDU mit Ideen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im März dieses Jahres hatte die SPD im Ausschuss für Kultur und Medien einen Bericht angefordert zum Papier der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, in dem unter anderem die Zusammenlegung von ARD und ZDF und damit die Abschaffung eines der beiden Sender gefordert wird. Dass die FDP diesen Vorschlag vielleicht gut findet – geschenkt. Wichtig ist, wie sich der Medienminister Hendrik Wüst, der auch gleichzeitig Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion hier in Nordrhein-Westfalen ist, zum öffentlichen rechtlichen Rundfunk und zum WDR positioniert.

Was bleibt von der Medienpolitik seitens CDU und FDP in dieser Legislaturperiode? – Wir haben drei Teilzeitminister erlebt, Scheinstrategien vorgesetzt bekommen und Ideenlosigkeit erfahren. Die Medienlandschaft in NRW ist wichtig – das betonen Sie ja immer –, sie ist auch wichtig und relevant für unsere Demokratie.

Darum fordere ich Sie auf: Herr Wüst, werden Sie dieser Verantwortung als neuer Medienminister gerecht, wenn nicht mit diesem Haushalt, dann zumindest in den letzten sechs Monaten Ihrer Regierungszeit bis Mai. Es gibt einiges zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogt. – Für die Fraktion der CDU hat nun Frau Abgeordnete Kollegin Stullich das Wort.

**Andrea Stullich (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Medienhaushalt steigt im kommenden Jahr von 35,5 auf 36,1 Millionen Euro, und davon profitiert das gesamte Medien-Digital-Land NRW. Wie wichtig uns die Medienbranche ist, zeigt sich schon daran, dass wir den Medienetat seit 2017 um 62 % gesteigert haben,

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Hört, hört!)

woran Sie alle ablesen können, insbesondere Kollege Vogt, dass die Medienschaffenden mit uns einen deutlich verlässlicheren Partner haben als mit der Vorgängerregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch mit diesem Haushalt sorgen wir für Verlässlichkeit, Planbarkeit und Kontinuität und auch für Innovationen. Einige Schwerpunkte: Für die Förderung der Film- und Medienstiftung NRW als zentraler Förderagentur setzt der Haushalt auf Verlässlichkeit mit rund 17 Millionen Euro Fördergeldern. Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile nicht nur Fernsehstandort Nummer eins in Deutschland, sondern auch einer der größten und attraktivsten Produktionsorte in ganz Europa.

Die Games-Branche ist ein Wirtschaftszweig mit Zukunft, bei dem Nordrhein-Westfalen seit 2017 sehr deutlich aufholt. Bei der Games-Förderung bleibt NRW mit nun 3 Millionen Euro an Fördermitteln im Bundesvergleich Spitzenreiter.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden nach wie vor die Förderung von Medienkompetenz und die Stärkung von Medienbildung. Dafür hat der Landtag dankenswerterweise schon mehrfach zusätzlich Mittel bereitgestellt.

Der erfolgreiche #DigitalCheckNRW hat sich als verlässlicher Lotse bewährt, weil er Medienkompetenzangebote passgenau für die Bedürfnisse des Einzelnen zur Verfügung stellt. Erst in der vergangenen Woche ist der #DigitalCheckNRW erweitert worden; mit sechs interaktiven Aufgaben kann man spielerisch zum Beispiel erkunden, wie man Falschnachrichten überprüfen oder auf unangemessene Kommentare im Netz reagieren kann. Der #DigitalCheckNRW ist das beste Beispiel dafür, dass Medienkompetenzförderung in der Fläche greifen und eben alle erreichen kann.

Über die genannten Schwerpunkte hinaus stellen CDU und FDP noch einen Änderungsantrag, um vier Medienprojekte der Ruhr-Konferenz zu stärken. Sie sind im Jahr 2020 trotz der Pandemie gut gestartet. Mit den zusätzlichen Mitteln aus unserem Antrag

sollen sie anteilig weiterfinanziert und damit verstetigt werden.

Inhaltlich geht es bei diesen Initiativen um zusätzliche Werkzeuge, damit gerade auch junge Menschen praktischen Journalismus kennenlernen und neue Wege im Journalismus ausprobieren können. Ziele sind unter anderem, Medienvielfalt und insbesondere auch Lokaljournalismus zu stärken.

Ein neuer Schwerpunkt liegt im nächsten Jahr bei der Projektförderung für das Journalismus-Institut in Bonn, das sich in Gründung befindet. Dabei geht es um praxisnahe Forschung, Vernetzung, Fortbildung und darum, die Ansätze des Constructive Journalism in die Breite zu tragen. Die CDU-Fraktion unterstützt dieses Projekt ausdrücklich. Ich denke, dass die wissenschaftliche Begleitung neuer Strömungen im Journalismus enorm wichtig ist, auch weil diese Arbeit Anhaltspunkte bieten kann, wie zum Beispiel Lokaljournalismus durch den Einsatz von Elementen aus dem Constructive Journalism profitieren kann.

Der Entwurf für den Medienhaushalt setzt die zukunftsgerichtete Medienpolitik der letzten vier Jahre erfolgreich fort – eine Medienpolitik, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Branche orientiert, mit der wir kontinuierlich die Rahmenbedingungen für Journalismus und Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen verbessern und unseren Medienstandort verlässlich weiterentwickeln.

Der Medienhaushalt mag in seiner Summe klein sein, aber dieser Ansatz steht beispielhaft für den Gesamthaushalt; denn auch der Medienhaushalt zeichnet sich dadurch aus, dass er mit knappen Mitteln solide wirtschaftet, verlässlich Modernisierung gestaltet und mit guten Ideen in Zukunftsprojekte investiert.

Für die CDU-Fraktion möchte ich mich herzlich bei Armin Laschet, der als Ministerpräsident immer ein verlässlicher Partner für die Medienbranche war und diese nachhaltig gestärkt hat, bedanken. Herzlichen Dank auch dem Chef der Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Liminski, der immer dafür sorgt, dass das umgesetzt wird, was wir hier und im Ausschuss gemeinsam beschließen, und der für die Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen ebenfalls neue Maßstäbe gesetzt hat.

Wir bitten herzlich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, zum Entwurf für den Medienetat und am Ende natürlich für den Gesamthaushalt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stullich. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Keymis das Wort.

(Oliver Keymis [GRÜNE] spricht mit Vizepräsidentin Angela Freimuth, bevor er an das Redepult tritt. – Josef Hovenjürgen [CDU]: Kein längeres Tête-à-Tête, Oliver! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Du bekommst nicht mehr Redezeit!)

**Oliver Keymis (GRÜNE):** Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Nein, mehr Redezeit für mich gibt es nicht. Der Hinweis war gut, es hat aber nichts damit zu tun.

Ich bin etwas irritiert. Wie haben jetzt zwei Reden gehört – eine vom Kollegen Vogt, der viele kritische Punkte sehr kritisch angesprochen hat, und eine von Frau Kollegin Stullich, die alles in schönen Farben gemalt hat.

(Andrea Stullich [CDU]: Zu Recht! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Frau Stullich hat recht!)

– Ist klar, Frau Stullich hat recht, Herr Vogt liegt richtig, und die Grünen liegen sowieso immer richtig. Insofern ist das natürlich immer genau der Punkt, wo man sich meiner Meinung nach dazwischen richtig bewegt, wenn man es so benennt.

Wenn ich die Medienpolitik und den Haushalt betrachte, dann ist mein Eindruck, dass wir trotz schwieriger Zeiten immerhin mehr Geld für diesen Bereich ausgeben können. Das ist wichtig, weil wir die Institutionen, die wir haben, natürlich klug – wenn auch bescheiden – fördern müssen.

Die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen ist eine Einrichtung, von der wir alle – egal auf welcher Seite man politisch aktiv ist – immer gesagt haben, dass wir eine solche starke Stiftung brauchen, die in Nordrhein-Westfalen und über das Land hinaus mit ihrer Arbeit von ganz besonderer Bedeutung ist. Deshalb ist es gut, dass sie in diesem Jahr wieder 1 Million Euro mehr zur Verfügung hat und so mit rund 17 Millionen Euro eine starke Film- und Medienstiftung ist und bleibt.

Genauso freue ich mich darüber, dass auch das Grimme-Institut, das wir alle gemeinsam immer für eine wichtige Einrichtung gehalten haben, weiterhin kontinuierlich gefördert wird. Das ist gut so.

Dass der Medienetat im Lauf der letzten Jahre gestiegen ist, ist ebenfalls gut und richtig. Das habe ich eben schon gesagt. Sie haben es benannt, wie es die Fakten beschreiben.

Außerdem bin ich froh, dass wir das Thema „Games-Förderung“ heute als einen unserer Mittelpunkte in der Medienpolitik sehen können. Das war nicht immer so. Damit haben aber andere schon begonnen, als CDU und FDP noch in der Opposition waren. Es ist gut, dass das sinnvoll und verlässlich fortgesetzt wird.

Insgesamt kann man sagen, dass da Kontinuität drin ist. Dass das im medienpolitischen Bereich so ist, finde ich erst einmal gut.

Ein bisschen richtig ist aber meines Erachtens auch, dass es in gewissem Maß an mutigen Vorstößen fehlt. Es kommt alles ein bisschen so daher: „Weil im Moment alles nicht ganz so einfach ist; ...“. – Ich konzediere: Wir befinden uns seit fast zwei Jahren in einer sehr schwierigen Lage. Die Pandemie spielt natürlich enorm in alle Politikbereiche rein. Das gilt auch für den Medienbereich. Nicht alles lässt sich noch so entwickeln, entfalten und weiter vorantreiben, wie man es wollte.

Mein Eindruck ist aber eben auch, dass uns dies heute in einer gewissen Weise, wenn ich es so sagen darf, politisch lähmt. Herr Ministerpräsident und Medienminister, ich würde mir natürlich wünschen, dass die Monate, die Sie bis zur Wahl und möglicherweise danach haben – oder es machen andere weiter –, genutzt werden, um auch in diesem Bereich Impulse zu setzen und Dinge voranzutreiben, von denen Herr Vogt, wie ich finde, schon zu Recht gesprochen hat.

Das betrifft die Frage, in welcher Situation sich Journalistinnen und Journalisten befinden. Wir haben hier mal über die Frage der Gemeinwohlförderung gesprochen, dass man also journalistische Arbeit über entsprechende steuerliche Anreize anders, als wir es bisher kannten, organisiert und fördert. All diese Dinge sind noch nicht so weit entwickelt, dass wir das Gefühl haben können, dass es hier gut weitergeht.

Beim Thema „Medienkompetenz“ und der Frage, wie wir weiter mit Hate Speech und ähnlichen Entwicklungen umgehen, brauchen wir aus meiner Sicht stärkere Initiativen. Insofern ist da noch eine Menge zu tun. Da hat Herr Vogt recht.

Bei der Kritik bin ich allerdings etwas zurückhaltender als er. Das sage ich so klar. Ich finde, insgesamt ist es – auch im Ausschuss, wenn ich es sagen darf – immer ein konstruktives Miteinander. Ich würde mir wünschen, dass das so bleibt. Den Medien und der Medienpolitik dieses Landes tut es auf jeden Fall gut, wenn wir in dem Bereich weiterhin an einem Strang ziehen.

Schwerpunkte kann man verlagern und verändern, und das soll auch so sein. Im nächsten Frühjahr wird ja neu entschieden werden, wie sich das ab Juni 2022 in Nordrhein-Westfalen darstellen wird. – Ich bedanke mich.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Nückel das Wort.

**Thomas Nüchel** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute ein guter Tag – auch oder vielleicht gerade die Medien betreffend.

Kollege Vogt hat eben etwas enttäuscht über die Entwicklung in Bezug auf den gemeinnützigen Journalismus gesprochen. Vielleicht kannte er den Koalitionsvertrag in Berlin noch nicht. Darin steht jetzt, dass wir Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus bekommen wollen.

(Zuruf von Alexander Vogt [SPD])

Die Geschichte dieses Satzes, der jetzt in diesem Vertrag steht, begann meines Erachtens hier im Landtag von NRW. Sie begann – das sage ich jetzt mal ganz uneitel – 2014 mit der ersten parlamentarischen Initiative der FDP-Fraktion dazu. Vorher war dieses Thema in Deutschland relativ unbekannt, obwohl sich manche Länder da schon ausprobiert hatten.

Von dieser Initiative aus nahm die Forderung ihren Weg – da bin ich dem Koalitionspartner und der Landesregierung sehr dankbar –, dass wir dies 2017 nicht nur in den Koalitionsvertrag aufgenommen, sondern auch eine Bundesratsinitiative dazu gestartet haben.

Durch diese Bundesratsinitiative – man mag vorwerfen, sie sei ein wenig in die Tunnel der Bundesratsausschüsse geraten; durch Corona wurden manche Termine und Themen da nicht mehr abgehandelt – wurde dieses Thema bekannt gemacht. Deswegen danke ich auch dem CdS Nathanael Liminski für diesen Punkt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Petra Vogt [CDU])

Daraufhin entwickelten sich auch weitere Unterstützungsmaßnahmen zu diesem Thema. Ich bin heute sehr froh, dass es nun auch in Berlin im Koalitionsvertrag steht. Denn eines hängt meist mit dem anderen zusammen. Daher bin ich auch zuversichtlich, dass dies in einigen Jahren umgesetzt sein wird – so etwas geht eben manchmal nicht schnell; gerade in der Finanz- und Steuerpolitik gibt es ja immer viele Stimmen. Das ist für mich etwas, zu dem ich sagen kann: Die Wurzel des Erfolgs wurde in NRW, auch durch diese Landesregierung, gesetzt.

(Beifall von der FDP, Josef Hovenjürgen [CDU] und Andrea Stullich [CDU])

Zum Etat. Auch wenn Kollege Vogt vielleicht manche Veranstaltungen vermisst – er hat ein bisschen verschwiegen, dass dies in Coronazeiten eben etwas schwierig ist. Man bemerkte in seinen Darstellungen zum Etat sein Problem, sich an den Erfolgen unserer Medienpolitik so ein bisschen vorbeizumogeln. Die Film- und Medienstiftung – das wurde auch vom Kollegen Keymis erwähnt – ist dieses Jahr nicht nur 30

Jahre alt geworden, sondern gehört mit ihrem Fördervolumen auch zu den finanzstärksten Förderhäusern Deutschlands. Ich selbst war überrascht, aber wir haben es auch hingekriegt, dass NRW beim Förderbudget für Games im Bundesvergleich seit einiger Zeit Spitzenreiter ist.

(Beifall von der FDP und Andrea Stullich [CDU])

Dies ist ein Erfolg dieser Regierung. 27 neue Games-Projekte wurden gefördert. Ich will gar nicht auf die verschiedenen Dinge eingehen.

Ein wichtiger Schwerpunkt im Medienteil des Haushaltes ist die Ausbildung und Vernetzung, die viele junge Medienschaffende in Krisenzeiten besonders benötigen. Die internationale filmschule köln, das Mediennetzwerk und das Mediengründerzentrum sind in der Tat etablierte Anker. Insbesondere die ifs ist vielversprechende Kooperationen eingegangen und konnte ihr Aus- und Weiterbildungsprogramm mit einem Fokus auf beruflicher Spezialisierung und interdisziplinärer Teamarbeit stärken.

Ein wichtiger Anker ist auch die Medienkompetenzförderung – das wurde auch gerade angesprochen – mit ihren Schnittmengen zur kulturellen Bildung und zum Verbraucherschutz. Hier soll niemand – weder alt noch jung – zurückfallen. Dieses Projekt #DigitalCheckNRW ist wegweisend, denn die Strahlkraft scheint zu wirken. #DigitalCheckNRW hat bei vielen anderen Akteuren in Deutschland Interesse geweckt. Diesen wichtigen Punkt müsste meiner Meinung nach auch die Opposition anerkennen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Fragen Sie mal Herrn Vogt!)

Auch das bundesweit einmalige Journalismusinstitut wird über die Landesgrenzen hinaus Beachtung finden. Der Gründungsdialog läuft gerade mit einer breiten Beteiligung der Medienszene, darunter sind RTL, Deutsche Welle, CORRECTIV und die Hochschulen. Forschung, redaktionelle Experimente und vor allen Dingen Fortbildung und Vernetzung sollen den Journalisten, den Nutzern und den Marktbedürfnissen der Anbieter dienen. Der Zuwachs im Medienhaushalt dient vor allem – und das halte ich auch für richtig – der Förderung dieses im Werden begriffenen Journalismusinstituts.

Insgesamt dient alles einer freien und vielfältigen Presse- und Medienlandschaft und dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger am Medien-Meinungsbildungsprozess teilhaben zu lassen.

Einen Punkt muss ich leider noch ansprechen: Um die Münchner Medientage herum gab es ein bisschen Verwirrung. Diesbezüglich hätte ich mir ja ein bisschen Engagement der NRW-SPD gewünscht. Gerade von sozialdemokratischer Seite wurde das Totenglöckchen für UKW geläutet, wie viele Medienfachdienste berichteten. Die UKW-Szene in NRW



war natürlich etwas in Panik. Das kann ich auch verstehen. Bei den Verhandlungen in Berlin konnten wir gleich zu Anfang ausräumen, dass dies überhaupt zum Thema wurde.

(Beifall von Marcel Hafke [FDP], Andrea Stulich [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Der selbst ernannte Schützer der Radios hätte in dieser Sache, die zu sehr viel Verwirrung und Verärgerung in der Radioszene geführt hat, aktiver werden können. Und vielleicht zum Letzten: Ich bin auch froh, dass wir jetzt bei der zweiten privaten UKW-Kette weiterkommen

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

und sich dafür eine gute Lösung andeutet. Ich bin wie immer zuversichtlich und optimistisch. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Nüchel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Tritschler das Wort. Bitte sehr.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Medienbereich hat sich im Vergleich zum vergangenen Jahr nicht viel getan. Wir haben zwar einen neuen Medienminister, aber keine neue Medienpolitik. Das ist ausdrücklich keine gute Nachricht. Neben dem WDR mit einem Jahresbudget von rund 1 Milliarde Euro finanziert der NRW-Gebührenzahler in seiner Eigenschaft als Steuerzahler auch noch Ihre erhebliche Beeinflussung der Medienlandschaft mit.

Was bekommt er dafür vom WDR? Er bekommt ein mittelmäßiges Programm, politisch gefärbte Informationen, überbezahlte Mitarbeiter und Antisemitismuskandale, über die wir hier nicht reden dürfen. Wenn er sich an diesem Unsinn nicht beteiligen möchte, kommt er noch etwas: nämlich Knast wie bei Georg Thiel, den Sie allen Ernstes sechs Monate eingesperrt haben, weil er diesen monströsen Apparat nicht mehr mitfinanzieren will.

Aber damit nicht genug: Aus dem Landeshaushalt – also aus der Tasche des Steuerzahlers – wird zusätzlich weiterer Tendenzjournalismus gefördert. So möchte die Landesregierung laut Haushalt mit 635.000 Euro ein sogenanntes „Institut für konstruktiven Journalismus“ in Bonn fördern. Was sie damit meint, können wir derzeit auf allen Kanälen und in allen Kommentarspalten bewundern: nämlich Journalismus, der eher die Opposition drangsaliert, als dass er die Regierung kontrolliert.

Ich will das mal kurz anhand der aktuellen Coronasituation skizzieren. Warum wird die Regierung in Bund und Land nicht an den Versprechen ge-

messen, die sie selbst abgegeben hat? Erinnern Sie sich: „Wenn alle ein Impfangebot erhalten haben, heben wir die ganzen Maßnahmen auf.“ – Was ist daraus geworden?

Warum fragt niemand, wie es hat sein können, dass unsere sogenannten Gesundheitsexperten von Spahn bis Lauterbach im zweiten Coronajahr mehrere Tausend Intensivbetten abgebaut haben? Warum kommt das pro Kopf betrachtet teuerste Gesundheitswesen der EU angeblich wegen weniger als 4.000 Coronapatienten an seine Leistungsgrenze?

Warum veranstalten Ihre staatlichen Medien eine Hatz auf einen 26-jährigen Fußballspieler, der sich gegen eine Krankheit, die für ihn beim besten Willen ungefährlich ist, nicht impfen lassen will?

Warum erzählen Ihre ach so objektiven Staatsmedien den Bürgern, dass der Moderna-Impfstoff ganz toll und ungefährlich sei, um es dann teilweise zurücknehmen zu müssen? Und warum erzählen Sie uns nicht, dass er in Island komplett aus dem Verkehr gezogen wird?

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Warum schaffen Sie – übrigens ausdrücklich gegen unser Veto – die kostenlosen Bürgertests ab und lassen es zu, dass sich Geimpfte beim vermeintlichen Allheilmittel 2G untereinander munter anstecken können wie zuletzt am 11.11. in Köln? Warum drangsaliieren Sie die von COVID weitgehend ungefährdeten Schüler mit Impfungen und lassen die wirklich gefährdeten Altersgruppen mit nachlassendem Impfstoff in den Winter laufen? Warum sind an diesem offensichtlichen Staats- und Politikversagen ausge-rechnet die Ungeimpften schuld und nicht die Damen und Herren in den Gesundheitsministerien? Warum müssen sich unsere Bürger, die sich aus welchen Gründen auch immer nicht impfen lassen wollen, von einem überbezahlten journalistischen Nullum in den „tagesthemen“ beschimpfen lassen?

Meine Damen und Herren von den Altparteien,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Och nee!)

die vergangenen anderthalb Jahre sind die Geschichte eines einzigen Versagens in der Gesundheitspolitik. Sie zeigen uns aber auch, was für eine verkommene Medienlandschaft wir in Deutschland haben. Genau diese verkommene Medienlandschaft fördern Sie mit riesigen Beträgen. Ein Volk, das ordentlich informiert wäre, anstatt von sogenannten Haltungsjournalisten gegeneinander aufgehetzt zu werden, hätte die Gesundheitspolitiker dieses Landes völlig zu Recht längst vom Hof gejagt. Deshalb, und nur deshalb, stopfen Sie munter weiter gewaltige Summen aus den Taschen genau dieser Bürger in die Taschen von Hofberichterstatlern,

(Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

und deshalb wenden sich die Bürger zunehmend von diesem System ab. Sie suchen sich alternative Informationsquellen, und sie finden sie. Noch mögen diese Bürger in der Minderheit sein – man sieht es leider zurzeit –, aber es werden immer mehr, die sich nicht mehr auf den WDR oder auf die Monopolpresse verlassen, die unser neuer Herr Ministerpräsident früher einmal selbst vertreten hat. Das ist eine schlichte biologische Gewissheit, und ich freue mich über jeden einzelnen davon. Eine Fortsetzung dieses wie gesagt verkommenen Systems werden wir jedenfalls nicht mittragen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Wüst das Wort.

**Hendrik Wüst, Ministerpräsident:** Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine vitale Medienlandschaft im Medien- und Digitalland Nordrhein-Westfalen ist für den demokratischen Diskurs, aber natürlich auch für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Innovationskraft von zentraler Bedeutung. Ziel der Medienpolitik muss es sein, für vielfältigen Journalismus, für Film und Fernsehen, für Games gute Rahmenbedingungen zu bieten. Das ist der Kompass für den Medienhaushalt 2022.

Mir ist es ein Anliegen, klare Signale der Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu senden. Wir alle wissen: Zusätzlich zu den Herausforderungen der digitalen Transformation setzt auch die anhaltende Pandemie die Medienbranche erheblich unter Druck. Deshalb ist es so wichtig, auch in Zukunft ein verlässlicher Partner zu sein.

Auf die Schwerpunkte im Medienhaushalt ist Verlass, trotz aller notwendigen Weiterentwicklungen.

(Beifall von der CDU und Thomas Nückel [FDP])

Beispiel Nummer eins: Journalistischer Vielfalt im Land wollen wir bestmögliche Rahmenbedingungen bieten. Das ist das zentrale Thema der Medienregulierung, ganz abgesehen von allen budgetären Fragen. Zugleich nutzen wir Spielräume, um Innovationen im Journalismus unter strikter Wahrung des Staatsferne auch finanziell zu fördern. Im Fokus stehen hier Medienprojekte, die im Rahmen der Ruhr-Konferenz von Akteuren aus der Region engagiert vorangetrieben werden, um junge Menschen für Journalismus zu begeistern und neue Ansätze im Journalismus auszuprobieren. Ein neues Vorhaben ist das schon erwähnte in Gründung befindliche Journalismusinstitut in Bonn, das insbesondere Ansätze des konstruktiven Journalismus befördern will.

Beispiel Nummer zwei: Die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen bleibt zentrale Förderagentur

des Landes, vor allem in den Bereichen Film- und Fernsehproduktion, aber auch Games. In den vergangenen Jahren hat das Land die Fördermittel konsequent erhöht, zuletzt im Jahr 2021 auf gut 17 Millionen Euro. Diese Rekordsumme garantieren wir auch im nächsten Jahr. So wird die Film- und Medienstiftung Sender, Produzenten und Dienstleister in unserem Land auf einem Markt, der sich mit Akteuren wie Netflix und Co drastisch verändert, gut unterstützen.

Beispiel Nummer drei: Der konsequente Fokus auf die Gamesförderung zahlt sich aus. Mit 3 Millionen Euro Förderbudget ist und bleibt Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter im Bundesvergleich. Zusätzlich investieren wir in den schrittweisen Aufbau des in diesem Jahr gestarteten Fusion Campus.

Beispiel Nummer vier: Aus dem Medienetat fördern wir auch weiterhin vielfältige Veranstaltungsformate. Gerade im Mediensektor ist der fachliche Austausch und das Zusammenkommen der Kreativen von größter Bedeutung. In der Pandemie konnte leider vieles nur digital stattfinden, aber auch daraus kann man für die Zukunft lernen. Ich bin ziemlich sicher, dass hybrid das neue normal ist, auch, was solche Veranstaltungen angeht.

Fünftes und letztes Beispiel: Die Förderung von Medienkompetenz auch jenseits der Schule, also für Erwachsene, bleibt ein wichtiger Teil der Medienpolitik. Schon vor der Pandemie wussten wir, wie wichtig dieses Thema im digitalen Wandel ist. Das zentrale Ankerprojekt ist der DigitalCheck NRW. Verstärkt nehmen wir seit diesem Jahr das Thema „Nachrichten- und Informationskompetenz“ in den Blick, zum Beispiel mit einer auf Lehrkräfte zugeschnittenen Fortbildung, die sie motiviert und befähigt, in der Schule das Thema „Journalismus“ noch stärker zu besetzen. Weitere Akteure, die hier eine wichtige Rolle spielen, sind Volkshochschulen und Bibliotheken.

Meine Damen, meine Herren, Medienpolitik hat nur in Teilen mit Geld zu tun, aber ganz ohne Geld geht es natürlich auch nicht. Deshalb hat diese Landesregierung den Medienetat seit 2017 deutlich aufgestockt. Mit dem Medienhaushalt 2022 fördern wir verlässlich Vielfalt, Wertschöpfung und Innovation für eine starke Demokratie und für einen starken Medienstandort Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache zum vierten Teilbereich des Einzelplans 02 – Medien – sind.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen zum Einzelplan 02, zum Einzelplan des Ministerpräsidenten. Hier empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 17/15702, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen.

Aber wir haben heute noch Änderungsanträge vorliegen, und zwar – erstens – den Änderungsantrag von den Fraktionen CDU und FDP Drucksache 17/15687. Ich lasse nun über diesen Änderungsantrag abstimmen. Ich darf fragen, wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Dann frage ich, wer sich der Stimme enthalten möchte. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der SPD, der Fraktion der AfD.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Nein, das ist falsch!)

– Kleine Irritationen. Das kann nach so einer ausführlichen Debatte vorkommen. Wir wollen das aber richtig protokollieren. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15687 zu? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD. Wie war das bei der AfD, auch Zustimmung?

(Markus Wagner [AfD]: Enthaltung!)

– Okay. Also Zustimmung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der AfD. Nun noch der Vollständigkeit halber: Habe ich irgendeine Nein-Stimme übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/15687 angenommen** wurde.

Ich lasse – zweitens – abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15688**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD. Gibt es jemanden, der dagegen stimmen möchte? – Das ist nicht der Fall. Der Vollständigkeit halber: Gibt es Enthaltungen? – Keine zu sehen. Dann ist dieser Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP einstimmig **angenommen**.

Dann kommen wir zum dritten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15689. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die antragstellenden Fraktionen CDU und FDP, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Gegenstimmen bei der Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD. Dann stelle ich fest, dass dieser **Änderungsantrag 17/15689** bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der

AfD-Fraktion und mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen **angenommen** wurde.

Viertens kommen wir zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15690**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Bei den Abgeordneten der AfD. Enthaltungen? – Bei den Abgeordneten der SPD. Habe ich irgendjemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag mit Zustimmung von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der SPD **angenommen** wurde.

Fünftens kommen wir nun zum **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15691**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Bei SPD, Grünen und AfD. Damit kommen wir zur Feststellung, dass der Änderungsantrag Drucksache 17/15691 mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der übrigen Abgeordneten des Hohen Hauses **angenommen** wurde.

Nun sind wir bei der Abstimmung über den Einzelplan 02. Wir haben ihn ja soeben geändert. Damit stimmen wir natürlich nicht mehr über die Beschlussempfehlung ab. Wer möchte dem Einzelplan 02 in geänderter Fassung zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Gibt es irgendeine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann, meine Damen und Herren, ist der **Einzelplan 02** in seiner Gesamtheit **in geänderter Fassung** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD in der 2. Lesung **angenommen** worden.

Damit kommen wir zum:

### **Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15707 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksachen 17/15723 und 17/15724 hin.

#### **a) Familie, Kinder und Jugend**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Dr. Maelzer das Wort.